

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.
Numm. Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Dresden 1550
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 50.

Mittwoch, 28. Februar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauzahlung, für März 1920.— Mark einschl. Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Verwaltung für das Erstellen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Gründchrifft-Seite (8 Seiten) 200.— Mark; zitronenroter und tabakfarbener Satz 50.— Aufschlag. Nachweiss- und Vermittlungszuschlag 40.— Mark. Poste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Beitrag versucht, durch Klage eingezogen werden muss, aber der Aufzahlgelder zu Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge "Träumer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes des Druckerei, bei Riesaer oder bei der Verleihungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Gas- und Wasserwerksausschuss hat beschlossen, den Gaspreis für den Monat Februar für 1 Kubikmeter auf 550 M. und den Wasserkund für 1 Kubikmeter auf 180 M. festzulegen.

Der Gemeindevorstand.

Hertisches und Sächsisches.

Riesa, den 28. Februar 1923.

* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abend von 8 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium lebten die Herren Stadtr. Beyer und Schumann II. Am Mittwoch hatten die Herren Bürgermeister Dr. Scheider, Stadtrat Guntner, Stadtrechtsrat Quellmalz und Herr Stadtrat Schönborn Platz genommen. Der Auditorium war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Günther.

1. Es wurde beschlossen, dem Bürgerwart der Stadtbücherei eine Beratung in Höhe einer Fortbildungsfeststunde zu gewähren.

2. Für die Stadtbücherei wurden insgesamt 30000 M. bewilligt.

3. Im Gaswerk macht sich der Einbau eines neuen Metartenofens notwendig. Die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 12½ Millionen Mark sollen aus dem Betrieb genommen werden und zwar durch entsprechende Aufschläge auf den Gaspreis. Die Linke hießt die für diese Aufschlagn vorgesehene Zeitspanne (Dezember 1922 bis August 1923) für an kurz und brachte daher, sie auf ein ganzes Jahr anzubauen. Beim dieser Antrag wandte sich Herr Bürgermeister Dr. Scheider u. a. mit dem Hinweis, daß im Jahre 1924 die Beschaffung noch eines weiteren Ofens sich notwendig machen werde, für den noch in diesem Jahre Mittel durch Aufschläge auf den Gaspreis beschafft werden möchten. Er machte daher den Vermittlungsantrag, die Zeitspanne für den Aufschlag um zwei Monate, also bis Oktober, zu verlängern, aber nicht auf ein ganzes Jahr. Während die Rechte für diesen Vermittlungsantrag eintrat, debattierte die Linke in Rücksicht auf die Interessen der Gasverbraucher auf ihrem Antrag. Der Ratsbeschuß wurde daher mit der Abstimmung angenommen, daß die 12½ Millionen durch auf ein ganzes Jahr verteilte Aufschläge auf den Gaspreis aufzubrachten werden sollen.

4. Die Teilnehmergebnisse für den Abendkursus in Schneiders für Mädchen wurde auf 500 M. pro Vierteljahr erhöht.

5. Für die Gewährung einer außerordentlichen Unterstützung an die Sozialrentner hat die Amtshauptmannschaft 220000 M. überwiesen. Das Kollegium beschloß, zu dieser Summe 55000 M. aus Gemeindemitteln beizutragen. Da von früher her noch 5170 M. zur Verfügung stehen, so können insgesamt 280182 M. zur Verfügung gelangen.

6. Die Unterstützung der Sozialrentenempfänger soll grundsätzlich so bemessen werden, daß das Mindesteinkommen mit Wirkung ab 1. Januar 1923 jährlich erreicht 120000 M. für Invalidenrentner, 108000 M. für Witwenrentner und 60000 M. für Waisenrentner. Unterstützung sei nicht zu gewähren, wenn ein Sozial- oder Angehörigenverleidungskontakt bestand, dessen Ehegattin und bei einem Waisenrentner die Mutter ein Jahresinkommen von 195000 M. und darüber beziehen.

7. Das Kindergarten geld wurde auf 300 M. monatlich festgesetzt.

8. Der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für den Wirtschaftsverband Sächsischer Gemeinden auf 30000 M. wurde zugestimmt.

9. Zur Beschaffung von Vermitteln für die Berufsschule wurden 100000 M. bereitgestellt. Die Schüler sollen sie zum Kaufpreis erhalten. Den Eltern wird empfohlen, schon jetzt die Beschaffung des östlichen erforderlichen Vermittels vorzunehmen.

10. Der Zusammenschluß der Fach- und Fortbildungsschule und der Mädchenschulungsschule zu einer Schule, unter dem Namen Berufsschule, wurde zugestimmt.

11. Beigetreten wurde dem Ratsbeschuß, wonach die Neben- und Sonderklassen der Mädchen künftig abwechselweise in den Mädchenschulen I und II untergebracht werden sollen. Diese Einrichtung ist für notwendig erachtet worden, damit beide Schulen als gleichwertig angesehen werden können.

12. Der Beitrag für die Sächsische Gemeindelehranstalt von 10.975 M. wurde bewilligt.

13. Die erhobenen Säge der Erwerbslosenkostenzulage fanden Genehmigung. Herr Stadtr. Richter wies darauf hin, daß die Erhöhung der Erwerbslosenzulage den Drängen der sächsischen Regierung mit zu verdanken sei.

14. Herr Bizerwirt. Mendel berichtete über die Feststellungen der Ausschüsse zur Prüfung der Frage der Vereinigung der Gemeinden Riesa, Gröba und Weida. Die Vereinigungsklage ist keine neue Frage, sie spielt schon seit 1909. Es ist ein Ausschluß erkannt worden, der verschiedene Male getagt und einen Untersuchung gebildet habe, der die folgenden gitternmäßigen Unterlagen herdeutet haben.

Die Einwohnerzahl der vereinigten Gemeinde würde betragen nach dem Stande vom 28. Februar 1922

für Riesa 15680
Gröba 6245
Weida 2887

insgesamt 24262 Einwohner.

Die Fläche des Gemeindebesitzes würde sich stellen auf
Riesa 885,16 Hektar
Gröba mit Rittergut Mergdorf 798,56
Weida 402,75

insgesamt 2086,47 Hektar.

Das gesamte Bruttovolumen würde sich nach den genau aufgestellten Vermögensbestandsnoten stellen für:

Riesa auf 56985841 M.
Gröba auf 24707906 M.
Weida auf 985296 M.
insgesamt 82679048 M.

Diesem Vermögen, in welchem die Sparkassenvermögen von Riesa und Gröba nicht enthalten sind und das lediglich mäßig gelegerte Friedenswerte darstellt, die von Dauer sein werden, stehen ungetilgte Schulden der eingegangenen Gemeinden gegenüber für

Riesa 15688837 M.
Gröba 7387322 M.
Weida 498626 M.
insgesamt 28701785 M.

Es würde sich also ein Mehrvermögen von 82679048 M.

weniger 28701785 M.

also 58977258 M.

für die vereinigten Gemeinden nach Friedenswerten ergeben.

Für die Bereitstellung der steuerlichen Leistungsfähigkeit der vereinigten Gemeinden erheben folgende Feststellungen wertvoll. Es betragen:

a) der Ertrag der Staats-einkommensteuer in M.

	1917	1918	in % Jahren
in Riesa	405 248	689 698	2 163 933
in Gröba	74 085	115 956	302 438
in Weida	12 626	22 147	67 5,5

b) der Ertrag der Staats-einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung berechnet in M.

	20,—	45,—	131,—
in Riesa	18,21	29,81	80,73
in Gröba	5,40	9,47	28,88

c) der Ertrag d. Gemeinde-einkommensteuer in M.

	470 440	595 942	1922 277
in Riesa	191 184	279 385	488 052
in Gröba	23 454	48 063	145 161

d) der Ertrag d. Gemeinde-grundsteuer in M.

	46 254	51 516	196 123
in Riesa	26 442	25 118	91 511

e) die Gemeindeeinkommen-steuer u. Grundsteuer im Verhältnis zur Staats-einkommensteuer in %

	127	161	28
in Riesa	288	262	191
in Gröba	186	196	215

f) der Ertrag der Ergänzungsteuer in M.

	21 170	60 240	118 824
in Riesa	2 149	5 926	10 999
in Gröba	423	480	2 137

g) Ergebnis auf den Kopf der Bevölkerung in M.

	1,50	4,56	6,85
in Riesa	0,47	1,21	1,87
in Gröba	—	—	—

h) zur Bezirkssteuer trugen bei in M.

	29 142	45 545	88 342
in Riesa	9 526	14 181	21 616
in Gröba	2 404	3 684	7 155

i) Es betragen das Ein-leigertuthaben der Sparsassen in M.

	17 691 029	22 075 898	25 644 154
in Riesa	2 592 975	3 548 581	4 583 008

k) die Rücklage der Sparsassen in M.

	1 087 698	1 171 728	1 174 288
in Riesa	77 958	90 834	94 545

Im Ausschuß ist beschlossen worden, daß die Gemeindevertretungen bis Ende Februar darüber Beschluß fassen sollen, ob die Vereinigung erstreckt werden soll oder nicht. Wenn ja, dann soll ein Ausschluß gebildet werden, der aus 7 Personen besteht und die Angelegenheit weiter behandelt soll. Riesa soll 3, Gröba 2 und Weida auch 2 Vertreter in dem Ausschuß haben. Der Rat hat beschlossen, mit den Gemeinden Gröba und Weida in Verhandlungen einzutreten. In den zu bildenden Ausschuß hat der Rat Herrn Bürgermeister Dr. Scheider gewählt. Die Stadtverordneten sollen die anderen beiden Herren wählen. Herr Bizerwirt. Mendel erklärte, die Vereinigungsverhandlungen hätten sich viel zu lange hinausgezogen. Die Vereinigung von Gröba und Riesa hätte zu einer Zeit erfolgen müssen, wo beide Gemeinden noch in der Entwicklung standen und viele Fragen noch nicht gelöst waren. Diese Sätze könnten über die Rechte nicht abhalten, anzuerkennen, daß die beiden Gemeinden ein Wirtschaftsgebiet bilden und daß es im Interesse des Ganzen liege, wenn sie doch noch zu einer Vereinigung gelangen. Die Rechte könnten also dem Eintritt in die Verhandlungen zu, sie könnten sich aber nicht einverstanden damit erklären, daß auch Weida in die Verhandlungen einbezogen werden. Denn für die Gemeinde treffe es nicht zu, daß sie ein Wirtschaftsgebiet mit uns bilden, abgesondert von Neustadt. Weida sei in seinen Einrichtungen nicht auf der Höhe, wie die beiden anderen Gemeinden. Es müßten deshalb, wenn die Verhandlungen zwischen den drei Gemeinden eröffnet würden, bestimmungen darüber

getroffen werden, was sollte in Weida aufgehoben und was in seinem Interesse noch ins Auge gefaßt werden. Die Einbeziehung Weidas werde die Verhandlungen so erschweren, daß man sich keinen guten Fortgang versprechen könnte. Deshalb sei es besser, wenn Weida zunächst ausgeschaltet werde und vorläufig nur Riesa und Gröba miteinander verhandeln. Man werde ja erst abwarten müssen, wie die Verhandlungen ausgehen würden, aber ehe eine endgültige Entscheidung über die Vereinigung getroffen werde, werde man dazu kommen müssen, die Bevölkerung selbst zu befragen. Herr Stadtr. Schneider erklärt, daß die Linke dem Ratsbeschuß zustimme. Wenn es verlaumt worden sei, daß die Vereinigung schon früher verbeitzt wurde, so treffe das jedoch Stadtverordnetenkollegium keine Schuld, denn die Linke habe immer darauf hingearbeitet, daß die Vereinigung aufzutome komme. Die Vereinigung sei früher an dem Widerstand einzelner Berufsgruppen gescheitert. Auch heute könnten viele Aufgaben, so besonders die Wohlfahrtssiecke, viel besser gelöst werden, wenn die Gemeinden vereinigt seien. Von vornherein könne man Weida nicht ausschließen, daß ja von Gröba bereits Wasser und Gas beigelegt. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die Vereinigung der drei Gemeinden zu ermöglichen. Die Ansprüche Weidas müßten so sein, daß sie von den beiden großen Gemeinden erfüllt werden könnten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärt, daß der Ratsbeschuß nur die Verhandlungen mit den beiden Gemeinden eingeleitet wissen wolle, doch aber damit nicht gelöst sei, daß immer die Vertreter aller drei Gemeinden zusammenkommen müßten. Es könnten durchaus Riesa und Gröba oder Riesa und Weida, ebenso Gröba und Weida einmal allein verhandeln, wenn es sich um Fragen handele, die nur diese betreffen.

In der weiteren Aussprache traten die Herren Vorst. Günther, Stadtr. Schönborn und Stadtr. Joßne in für die Einbeziehung Weidas ein. Herr Bizerwirt. Mendel erklärte u. a., daß der Wille, die Angelegenheit zu verschieben, bei der Rechten nicht vorliege. Der Ratsbeschuß wurde schließlich gegen 2 Stimmen angenommen und die Herren Vorst. Günther und Bizerwirt. Mendel in den Ausschuß gewählt.

15. Die im Haushaltplan eingekettete Summe von 2500 M. zur Beschaffung von Brämen für die Oberrealschule wurde auf 30000 M. erhöht. Herr Vorst. Günther nahm hierbei Veranlassung, zu erklären, daß die vom Sektor der Oberrealschule gelegentlich des Sächsischen Kulturtages gemachten Neuheiten von der Linke als Kampagne aufgefaßt werden müßten.

16. Berichtetenes. Herr Stadtr. Richter führt Belohnung darüber, daß es noch nicht möglich gewesen sei, Sitzungen des Gewerbegebiets abzuhalten. Herr Bürgermeister Dr. Scheider legte dar, daß hieran formale Gründe schuld seien. Die Herren Stadtr. Richter und Joßne verarbeiteten dabei, daß die ganze Behandlung und der Gang der Angelegenheit die Arbeitnehmer nicht befriedigt hätten. — Herr Vorsteher Günther brachte Klagen der Schrebergärtnerpächter des früheren Göblicher Eggersplatzes darüber vor, daß sie alle Wagenbeförderung durch die Stadt vornehmen müssen. Der Weg an der Jäger entlang könnte für kleinere Wagen an bestimmten Tagesstunden vielleicht freigegeben werden. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erwiderte, daß die Wege im Stadtteil nicht verkeint seien. Durch das Dünge- und Baudefahren seien sie in einen Zustand versetzt worden, daß sie nicht mehr passierbar gewesen seien. Daraufhin erkt sei das Verbot erfolgt. Die Ausbelebung der Wege verursache ja auch große Kosten. Der Ausschuß werde mit der Angelegenheit aber nochmals beschäftigt werden. Herr Stadtr. Schneider verwendet sich für die Bünche der Wächter. Ein Weg werde ihnen wohl zur Verfügung gestellt werden können, zu dessen Ausbelebung sie sich jedenfalls auch bereit finden würden.

Schluss der Sitzung 8 Uhr.

* * *

* Tarifverhandlungen. Man berichtet aus. Die gestern nachmittag mit beiden Arbeitgeberverbänden (Groß- und Kleinhandel) geführten Tarifverhandlungen zw. Festlegung der Februargehälter für die Angestellten haben zu keiner Einigung geführt. Die Festlegung der Gehälter wird nächste Woche durch den Schlichtungsausschuß in Dresden stattfinden.

* Die Wohnungsbauabgabe. Von zuständigen Stellen wird geschrieben: Der Wohnungsbauabgabe im Sinne der 80 Jahre vertraglich eine Erhöhung auf mindestens das 60-jährige gefordert worden war. Infolgedessen wird der Wohnungsbauviertel fast gänzlich zum Stillstand kommen und grobe Arbeitslosigkeit eintreten. Bei einer Wohnungsbauabgabe von 3000% würden auf den Freistaat Sachsen ungefähr sechs Milliarden Mark entfallen. Da der Staat wahrscheinlich einen beträchtlichen Teil dieser Summe zur Verstärkung vorjähriger Bauten benötigt, würde dies für Sachsen bedeuten, daß im Ganzen ungefähr 200 bis 250 Kleinwohnungen gebaut werden können, wenn man die heutige Geldentwertung zu Grunde legt. Alle beteiligten Kreise sind sich darüber klar, daß die Bautätigkeit, wenn nur irgend möglich, aufrecht erhalten werden muß. Die einzige Möglichkeit hierzu bietet die genügende Ausnutzung der Wohnungsbauab

Besitzerberichtsort wird empfehlend hingewiesen.
(Höheres Anseigneteil.)

Gebühren der Fernsprechverkehre ab 1. März und 1. April 1923. Vom 1. März ab gelten folgende Gebühren im Fernsprechverkehr:

Ortsverkehr:	1 M.
Gepräch von einer Teilnehmerstelle aus öffentlichen Sprechstellen aus	1 M.
100 m Fernverkehr: 1 Wortsprach von 8 Minuten Dauer bis zu 5 km von Teilnehmerstelle	2 M.
• 5 • der Sprechstelle aus	2 M.
• 15 •	2 M.
• 25 •	3 M.
• 50 •	5 M.
• 100 •	10 M.

„Die weiteren 100 km je 6 M. mehr.“ Es sind bemerkbar die in der Nr. 301 vom 29. 12. 1922 des Niederr. Tagesschau angegebenen Gebühren wie folgt zu ändern: statt 1,50 M. ist zu legen 3 M., statt 3 M. 5 M., statt 5 M. 10 M., statt 7 M. 15 M., statt 10 M. 21 M., statt 13 M. 27 M., statt 18 M. 38 M., statt 19 M. 39 M. Diese Gebühren sind mit 80 einzunehmen. Vom 1. April ab werden die Gebühren für Nebenkantone und sonstige Aufzugsrichtungen verdoppelt, während die Grundgebühren für die Hauptanschlüsse in der gleichen Höhe (15000 M.) bestehen bleiben. Die Teilnehmer sind berechtigt, ihre Ansprüche für den 28. Februar oder 31. März zu kündigen.

Im Postverkehr treten mit Wirkung vom 1. März folgende Veränderungen ein: Der Weitbeitrag für Postkarten, Postkarteausdrucke, Nachnahmestunden und Postanweisungen auf 500000 Mark, für gewöhnliche Postanweisungen auf 100000 Mark und für telegraphische Postanweisungen auf 200000 Mark erhöht. Postkarten, Postkarteausdrucke, Nachnahmen und Postanweisungen müssen auf volle Markbetrage lautzen. Postanweisungen werden nicht mehr durch Marken freigemacht; die Gebühr ist bei der Einlieferung bar zu entrichten. Das Weitgewicht der Briefe ist von 200 g auf 500 g herausgezogen. Nachverdienende Gebührenbeträgen werden auf volle Mark ausgerundet; der bisherige Aufschlag von 30 Pfennig für nicht freigesetzte Gebührenpflichtige Dienstboten usw. fällt weg. Das Paketabsetzungsbetrag beträgt ohne Rücksicht auf das Gewicht der Sendungen 100 Mark, die Paketausgabebühr 20 Pfennig.

Die Regierungskrise in Sachsen. Am Sonntag trat der Landesvorstand der Sozialistischen Kommunistischen Partei zu einer Sitzung zusammen, um zu den sozialistischen Richtlinien für eine Regierung Bildung und Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Besprechung war den kommunistischen Parteiblättern folge die einmütige Ablehnung der Richtlinien mit der Begründung, dass sie noch hinter den zehn sozialistischen Punkten vom November vor Jahres zurückliegen. Der Landesvorstand beschloss, als Antwort ein eigenes Programm für die Bildung einer Arbeiterrégierung der Begründung Sozialistischen Partei zu übermitteln. Es soll alles verfügt werden, um einen Betriebsräte Kongress für Sachsen durchzuführen. Die Sachsen-Arbeiter-Zeitung schreibt über diesen Betriebsräte Kongress, der von dem K. D. G. B. in Gemeinschaft mit der S. S. P. D. und der K. P. D. einberufen werden soll: „Eine gemeinsame Kommission aus den Gewerkschaften und den Parteien soll die Eingehungen der Tagesordnung und die Tagesordnung festlegen, eine Verständigung über die Referenten zu erreichen. Die Wahlen zum Senat sollen durch Urwählen in den Betrieben erfolgen. Um dem Kongress eine möglichst breite Basis zu geben, sollen nicht nur die freigewerkschaftlichen, sondern auch die anderen Betriebsräte teilnahmeberechtigt sein. Die Partei erklärt sich bereit, für die Durchführung des proletarischen Programms, das dieser Betriebsräte Kongress annehmen wird, einzutreten, auch wenn dieses Programm nicht in allen Teilen den kommunistischen Forderungen entsprechen sollte.“

Döbeln. Auf dem biesigen Bahnhof braute eine Wagenladung, bestehend aus Barchent- und Nesselballen. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Stadebuol. Der Stadebuler Kirchenchor wird, wenn ihm nicht in leichter Stunde von privater Seite Hilfe wird, seine Tätigkeit einstellen müssen.

Chester. Der kommunistische Kämpfer teilt mit, dass die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie beschlossen habe, wegen der Ablehnung der Arbeitserfordernisse durch die Arbeitgeber, die Arbeit am Montag einzustellen.

Die Spinne.

Noman von Sven Elvestad.

Berechtigte Übersetzung aus dem Norwegischen von Julia Koppel. Amerikan Copyright 1923 by Uit. Vor. M. Linke, Dresden-III.

21. Fortsetzung.

„Ja“, antwortete der Bahnwärter, „ich habe es gehört und gesehen. Es war ein riesiger Raaken.“

„Welche Farbe?“ fragte der Gastwirt weiter.

„Grün.“

„Waren viele drin?“

„Das konnte ich nicht sehen.“

„War es so dunkel?“

„Nein, aber das Auto war geschlossen und fuhr sehr schnell.“

Krag lästerte Falkenberg zu: „In dem Auto war Kdo.“

Der Wirt fragte wieder: „In welcher Richtung fuhr das Auto?“

Der Bahnwärter zeigte mit der Hand. „In südlicher Richtung“, sagte er.

„Haben Sie es seitdem gesehen?“

„Nein.“

Der Wirt drehte sich zu Krag um. „Haben Sie gehört?“ fragte er.

Krag nickte. „Wir können es also im Laufe des Abends zurückverfolgen.“

Die Herren gingen sehr denselben Weg zurück, den sie gekommen waren. Krag musterte noch immer eifrig den Weg, und Falkenberg batte bei sich, dass er wahrscheinlich nach Spuren von dem Automobil suchte. Das schien indessen wenig aussichtsvoll, weil den ganzen Tag reger Verkehr auf der Landstraße gewesen war.

Abbjörn Krag begnügte sich nicht damit, die Hauptstraße zu untersuchen, er war auch vorsichtige Blicke auf die Nebenwege.

Der Wirt sprach jetzt davon, dass er zu seinem Wirtschaft zurück müsse. Er begann ungeduldig zu werden. Krag und der Konsul aber gingen unangefochten weiter.

Plötzlich setzte sich Krag auf einen Meilenstein am Wege.

„Ich bin müde geworden“, sagte er, „und möchte einige Minuten ausruhen.“

Der Konsul nahm neben ihm Platz. Der Wirt blieb vor ihnen stehen.

„Woher führt dieser Weg?“ fragte Krag und zeigte auf einen schönen Seitenweg, der von der Landstraße abzog.

„Ach, der,“ antwortete der Wirt, „der ist ganz verschollen und wird sich nie mehr bewegen.“

„Das scheint so,“ sagte Krag. „Das Gras darauf ist kugig in die Höhe geschossen.“

„Dort weiter dinton liegen einige Kästenhütten“, fuhr der Wirt fort, „und dann kommt die Verwaltungswohnung, die zum Gutshof gehört.“

„Au welchem Gutshof?“

„Dem großen alten Gütergut, das seit Direktor Devres Zeit unbewohnt gewesen ist. Nicht toll es aber wieder verlassen.“

Chester. Bis am Montag nachmittags auf der Annaberger Straße im Stadtteil N.-C. Chemnitz mehrere Arbeiter mit dem Aussehen von Bürgern beschäftigt waren, wollte das noch Jahre alte Gebäude des Annaberger Straße 142 wohnhaften Vorarbeiters Hugo Ediger einen Platz in die ältere Wohnung tragen, wurde aber beim Überbreiten der Fahrstraße von einem Kraftwagen angefahren und auf die Straße geschleudert. Das Auto raste bald darauf den erlittenen schweren Verletzungen.

Wicklau. Montag stand hier nach längstem Zögern, 07 Jahre alt, der Kommissarier Michael Ernst Böck. Er war lange Zeit Führer der Konservativen Volkspartei im biesigen Wahlkreis und gehörte von 1906-1919 dem zweiten Sachsen-Kammer an, deren zweiter Vizepräsident er war.

Sachsenburg. Die diamantene Hochzeit feierte der Steinmachermeister und Volksgut Gent Kubin mit seiner Oberfrau.

Glauchau. Ein nachahmungswertes Spiel macher Räucherstäbe und tödiger Ölverbrennung hat Herr Max Bauer gegeben, indem er zwei Altersgenossen seine Wohnung auf Lebenszeit geschenkt.

Grimmaischau. Am Sonntag entstand in der Niederlage einer Firma in der Grimmauer Straße Feuer. Der Brand griff mit rasender Schnelligkeit um sich, so dass die Niederlage in kurzer Zeit ein Flammenmeer bildete. Der anstrengende Tätigkeiten der Feuerwehr gelang es schließlich, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Verbrennt sind erhebliche Vorräte von Textilmaterial, Rohren und dergleichen. Der entstandene Schaden ist sehr bedeutend. Über die Entstehungsursache hat sich bis jetzt Bestimmtes nicht feststellen lassen.

Der Bezugspreis

für das Niederr. Tageblatt
auf Monat März 1923 beträgt
3900.— Mark einschließlich
Bringerlohn.

Plauen I. B. Der Rat hat genehmigt, dass habsurgen Kleinrentner bis zur geistlichen Regelung der Anlegesieben in Arbeitsstellen freie ärztliche Behandlung und Arzneien, Heilmittel usw. gewährt, gegenentwederlich auch die Krankenhäuser übernommen und die entstehenden Kosten vorläufig auf die zu Haftnahmen für Winderbremittel bereitgestellten Mittel übernommen werden.

Uerbach. Die 17 Jahre alte Tochter Anna Uerlich der Witwe Goller, hier, rodet mit ihrer älteren Freundin und erschreckt über einen in entgegengesetzter Richtung kommenden Schlitten, der nur ihre Kleider streift, demaken, dass sie einen Hirschschlag erlitt, der nach wenigen Stunden den Tod zur Folge hatte.

Delitzsch. Der Bahnarbeiter Mehlsdorf in Niedersachsen verlor, um den Schlafraum besser erwärmen zu können, das Fenster mit einem Stein. Mehlsdorf und sein 8 jähriger Sohn fanden den Tod. Zwei Kinder schweden den Tod zur Folge hatten.

Leipzig. Zur Frühjahrsmesse vom 4.-10. März d. J. werden in den Abendstunden zum 1. Male über der Stadt Leipzig illuminierte Flugzeuge erscheinen. Das Mehlmarkt beobachtet, durch diese großartige und höchst eigenartige Dekoration die Messebesucher auf die Bedeutung des Flugwesens für Fleißmazzecke aufmerksam zu machen.

Bemerktes.

Sixs Seelenleute ertrunken. Aus Melbourne ist ein vom 26. Februar datiertes Telegramm hier eingelaufen, das am 14. Februar eine Schiffssünde des britisches Schulschiffes „Stern“ über Bord gesunken und ertrunken ist. Beim Rettungsversuch ging das Rettungsboot unter, wobei weitere fünf Mann der Besatzung den Tod fanden. Die Unfallstelle wurde drei Tage lang vergeblich abgesucht.

„Ah so. Der Verwalter aber wohnt auf dem Hof?“ „Rein, er hat eine eigene Wohnung etwas davon entfernt“, antwortete der Wirt. „Jetzt muss ich aber schleunig nach Hause“, fuhr er fort, indem er seine Augen mit der Hand bedeckte und zum Wirtschaft hinüberblickte, dessen Fenster in der Abendsonne glänzten.

„Vielen Dank für Ihre Begleitung“, sagte Krag, „und auf Wiedersehen in einer Stunde.“

Der Wirt grüßte und ging davon.

Abbjörn Krag blieb ruhig sitzen und blickte ihm nach bis er im Haus verschwunden war.

Dann stand er schnell auf und Falkenberg konnte ihm ansehen, dass er nicht im geringsten müde war.

Er bog in den grässlich bewohnten Weg ein, und Falkenberg folgte ihm.

„Was wollen Sie?“ fragte Falkenberg.

Der Detektiv antwortete nicht, sondern zeigte nur auf den Weg.

Falkenberg ließ einen Aufruf der Überraschung und Freude hören.

Auf dem Wege sah man deutlich Spuren von Automobilreifen.

„Glauben Sie, dass es das grüne Automobil ist?“ fragte der Konsul gespannt.

„Es kann kein anderes sein“, antwortete Krag. „Die Spuren sind ganz frisch.“

Der Detektiv beschleunigte seine Schritte und ging schließlich so schnell, dass Falkenberg ihm kaum zu folgen vermochte.

„Es wurde jetzt immer dunkler; besonders in den Geblüßen lag die Dunkelheit schwarz und düster.

„Es wurde eine lange Wanderung, die Automobilspuren schienen kein Ende zu nehmen. Der Weg führte sie durch wogende Felder und Wiesen und durch mehrere Waldungen. Schließlich wurde es so dunkel, dass sie die Spuren nicht mehr sehen konnten. Da öffnete Abbjörn Krag seine kleine Hand.“

Er nahm eine schwerladende elektrische Blaulampe heraus, die eine große Leistungsfähigkeit besaß. Wenn er ihr weißes Lichtbündel über den Weg warf, wurde dieser so hell beleuchtet, dass sie jeden Grabstein und die geringsten Einzelheiten der Wagenspuren unterscheiden konnten.

„Mit dem Blaulicht vor sich seien wir den Weg noch eine halbe Stunde lang fort.“

Plötzlich ließen sie auf ein rostiges Eisenstück, das ihnen den Weg verriegelte. Krag versuchte es zu öffnen, als es ihm aber nicht gelang, stieg er kurz entschlossen hinüber. Falkenberg folgte seinem Beispiel.

„Sie befinden sich jetzt in einer Höhle, deren Baumkronen so dicht waren, dass sie den Himmel vollständig vor ihren Blicken verbargen. Krag ließ den Scheinwerfer wieder auf den Weg fallen.“

„Ja,“ murmelte er, „das Automobil ist hier gestorben.“

Falkenberg war durchdringt gespannt, und der Detektiv mustete ihn aufmerksam, damit er nicht vor ihm die Wahrheit ausspielte.

Damburg zusammen. Der Dampfer hat Damburg bestimmt war, teilte drachlos mit, dass er bei unklarem Weiter in der Elbmündung mit einem unbekannten Dampfer zusammengetroffen sei. Dieser ist vermutlich gesunken und Dampfer „Colombia“ beschädigte nun mit der Zeitung der Schiffbrüchigen. Röhre Eingeschlagen seien noch.

Einer deutscher Dampfer gesunken. Der Hamburger Dampfer „Otto Fischer“ ist vor Bay Siltau gesunken. Wie dem Hamburger Echo aus Gibraltar telegraphiert wird, hat der norwegische Dampfer „Ost“ den ersten Offizier und dreizehn Mann des „Otto Fischer“ in See gesetzt. Die gesamte Besatzung besteht 42 Mann. Viele Personen von dem Dampfer „Galatée Maru“, der dem „Otto Fischer“ ebenfalls zur Hilfe geeilt war, gerettet sind, ist bisher noch nicht bekannt.

Der Devisenschub des Oberpostamts. Bei dem in München wegen Unterlassung von Briefsendungen aus dem Ausland verbotenen Oberpostamtsschub Pfälzinger wurden ausländische Reisen im Wert von zweihundert Millionen Mark gefunden. Außerdem noch Pfälzinger Grundstück im Wert von rund 50 Millionen. Schließlich hat er an Bekannte Darlehen in Höhe von mehreren Millionen gegeben. Pfälzinger hat verschiedene als das Viehstahl verdächtigt.

Mode-Silhouetten des Frühlings. Die Frühlingsmodelle, die jetzt aus der frischen Schönheit der Mädels ins Licht der Läden und der Schaufenster gelangen, zeigen zwei deutlich unterschiedene Silhouetten, die die Linie der neuen Mode beherrschen. Der eine dieser neuesten Silie geht um 100 Jahre zurück und belebt wieder die anmutig geschwungenen Formen der Biedermeierzeit von 1820-1830. Diese Toiletten mit den ausladenden Hüften und der schlanken Taille haben hauptsächlich das Gesellschaftskleid; sie sind sehr niedlich und anmutig mit dem breiten Schulterauschnitt, der von einer Blüte umrahmt ist, mit dem reich garnierten Vollen Rock. Diese Mode beruhlt den Boden und werden über einer steilen Unterleibung getragen. Sobald sie leicht an die Krinolinenform anstoßen. Derbare Stoff der Frühlingsmode, der eigentlich Stoff von 1923, lehnt sich ein wenig an die starke Strenge ägyptischer Kleider und schlicht an jene moderne Form an, wie sie der Maler Boldini festgehalten hat. Es ist also eine Mischung zwischen klassischen Moden und modernem Stil. Über einen einfachen Rock sind Draperien gelegt, und die Taille ist möglichst ungestört und armellos oder hat jedesfalls Karmel von ganz besonderer Form. Die eleganten Hosen zeigen sich in Mänteln und in langherabhängenden Ornamenten. Als Verzierung der Stoffe ist Metallstickerei in farbigen Farben beliebt, die ebenfalls nach dem Karneval hinweist.

Eiserne unter Vogeln. Bahne Vogel lassen oft deutliche Zeichen von Eiserne erkennen. Sie lieben gewisse Personen, während sie andere ohne jeden sichtbaren Grund hassen und werden böse, wenn ein von ihnen geliebtes Wesen ein anderes liebt. Die Vogel eines eisernen Verhaltens sind aber unter den Vogeln in der freien Natur sehr viel seltener, und deshalb sind die Tiere besonders interessant, die der bekannte englische Ornithologe Oliver G. Pitt über Eiserne von Eiserne in der Vogelwelt mitteilt. „Vor einigen Jahren“, schreibt er, „erschien ein Paar seltener Vogel, das bis dahin noch nicht in England gesichtet hatte, an einem See. Die anderen Vogel, die seit Jahren an diesem See ihr Heim aufgesucht hatten, zeigten ihre Eiserne bei der Ankunft der Fremden in einer nicht mißzuverstehenden Weise. Das Paar, eine besondere Art des Fliegenfisches, baute aber sein Nest, ohne sich viel um die Feindseligkeit der andern Vogel zu kümmern, und das Weibchen legte fünf Eier. Diese Henne hatte noch nicht länger als etwa eine Woche gelebt, als ein Moorhuhn sie entdeckte. Dieser Käfer wartete die günstige Gelegenheit ab, und während der Weibchen der Bewohner trug er alle Eier auf. Die Fliegenfischer hatten, wenn sie das Nest verließen, die Vorsicht, die Henne immer mit Fliegenfisch zu bedecken, oder das Moorhuhn beobachtete die Eier und zog die schlüpfende Henne fort und führte seinen Raub aus. Eine Woche später

plötzlich kanden sie vor einem großen dunklen Gebäude. Sie dachten beide, dass es der Gutshof sei.

Abbjörn Krag blickte das Licht seiner Blaulampe, so dass er die Umgebung besser erkennen konnte.

Um sie herum herrsch

begannen die Menschen in dem dichtesten Zell das Gefüllt ein neues Nest zu bauen. Man hätte annehmen müssen, daß sie hier ganz sicher gewesen wären, aber ein Flusstauger von einer andern Art entdeckte die Einbringlinge und vernichtete wiederum ihr Familienstück. Die beiden fremden Flusstauger hatten aus dem traurigen Vorfall eine Lehre gezogen und bei dem neuen Nest blieb immer einer der Vogel als Wache. Der heimliche Flusstauger aber griff den schlafenden Vogel immer wieder an, so daß mit ihm grimme Kämpfe aus, und es galt ihm schließlich, daß Nest zu zerstören. An einem andern Tag hatte es sich ein paar Raubtaugger in den Kopf gesetzt, in einem geschützten Winkel sein Nest zu bauen. Ein paar schwarzer Enten hatten bereits ihr Nest hier, und sie waren aus die Nachbarn so eifersüchtig, daß sie auf jede Weise schrien und nur den Augenblick abwarteten, um ihnen Nest und Jungs zu vernichten. Als die Raubtaugger durch meine Unwissenheit gestört, vom Nest aufzogen, stürzten sich sofort die wartenden Enten wie Pfeile darüber, zertrümmerten es in Stücke und warfen die Eier ins Wasser.

Die Tagssicht der Regengöttin. Eine dunkle Legende, die die Geschichte des phantastischen Abenteuerromans in den Themen hält, dat sich höchst bei einem Eingeborenennamme in Höhle erignet, und südafrikanische Blätter erzählen ausführlich die nach und noch bekannt werdenben Einzelheiten dieser Geschichte, in deren Mittelpunkt eine Regengöttin steht. Es wurde zunächst bekannt, daß bei einem Eingeborenennamme ein Menschenopfer dargebracht worden war, um während der leichten großen Trockenheit das fruchtbare Land vom Himmel herunterzuholen. Über hinter diesem religiösen Überglauben standen sehr menschliche Leidenschaften. Von dem Stamm wurde als Regengöttin eine Frau nomens Reichsfrau verewigt, die die Bauberkraft haben sollte. Regen nach ihrem Willen hervorzubringen. Der Häupiling des Stammes, Schingango, befahl häufig die schwarze Göttin und glaubte sich an ihre Bauberkraft, zumal er sich in den Händen ihrer Schönheit befand. Der Sohn des Häupilings, Mandus, war aber ebenfalls in den Händen der Bauberkraft geraten und batte ihre Besuch, ob die ihm schließlich das Leben kosten sollten. Schingango hörte nämlich von dem heimlichen Verlebt seines Sohnes mit der Göttin, und seine Eifersucht steigte über seine Bauberkraft. Als eine große Trockenperiode einsetzte, wurde beschlossen, dem Regengöttin ih. ein Opfer darzubringen. Der Häupiling befahl, daß sein Sohn, der aus des Vaters Güte geflüchtet war, zu diesem Zweck den Göttern dargebracht werde. Am frühen Morgen umzangelten einige 70 Eingeborene den Kral Mandus, der, als er sich jeden Weg zur Flucht verlor, sah, Feuer an seine Hütte legte und in der allgemeinen Verwirrung zu entkommen hoffte. Über der Feinde waren zu viele. Sie packten ihn, als er aus dem brennenden Kral flüchtete und schwanden ihn sofort nach dem Osterplatz. Dort wurde er festgebunden und auf einen großen Holzhausen geworfen, den man in Brand setzte und der den Körper des Junglings langsam verzehrte. Augenzeugen des schrecklichen Schauspiels berichteten, daß Mandus sein Schild aufrecht ohne den geringsten Laut, Machtvoller öffnete sich aber sofort nach diesem Opfer die Schleusen des Himmels und ließen einen erstaunlichen Regen herabstromen. Schingango hörte, daß die ganze Ceremonie vorbeigehten werde, „ohne daß die weichen Beine etwas davon hören“; er wollte sogar noch drei andere Männer seines Stammes an Hände der Göttin verbrennen, aber die wilde Majestät batte Nein. Die Behörden wurden von dem Vorhang unterrichtet, und Schingango ist jetzt mit sechs anderen Eingeborenen des Mordes angeklagt.

Telephonie auf große Entfernung.

Die beiden bis jetzt erschienenen Feste der Zeitschrift „Das Fernkabel“, herausgegeben von der Deutschen Fernkabel-Gesellschaft, einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen, in dem die Reichstelegraphenverwaltung sowie eine Anzahl deutscher Kabelverwaltungen vertreten sind, enthalten interessante Angaben über die Technik des Fernsprechers auf weite Entfernung. — Zum Wiederausbau der europäischen Wirtschaft bedarf es auch der Wiederherstellung und Verbesserung der Verkehrsmitte, von denen der Fernsprechverkehr von Stadt zu Stadt und von Land zu Land eins der wichtigsten ist. Man kann zwar mittels Telefonierteilen auf ziemlich große Entfernung sprechen, dabei ist man aber zu sehr von Witterungseinflüssen abhängig, so daß es beispielsweise in Gewitterperioden oft nicht möglich ist, eine Verständigung zu erzielen. Hätten wir genügend Kabel nicht nur für den Dienst innerhalb der Reichsgebiete der Städte, sondern auch für den Verkehr der Städte und Länder untereinander zur Verfügung, so wäre dadurch dauernd ein gleichmäßig guter Betrieb gesichert. Diese Tatsache hat man in vielen Ländern, wie in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Holland, Österreich, Belgien, Schweden, der Schweiz, den Vereinigten Staaten von Amerika u. a. erkannt und ist mit dem Ausbau oder der Planung von Fernkabelnetzen beschäftigt.

Über den bedeutungsvollen Schritt, den Deutschland in dieser Richtung durch den Bau des „Rheinlandkabels“, das Berlin mit den wichtigsten Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets telephonisch verbindet, gelan hat, haben wir bereits in Heft 36 der „Weltzeitungen“ berichtet. — In Holland, das sehr dicht bebaut ist und seinen Wohlstand den zahlreichen und manigfachen Handels- und Verkehrs möglichkeiten verdankt, gehört ein guter Nachrichtendienst zu den notwendigsten Lebensbedingungen. Daher fand das Fernsprechwesen in Holland von Anfang an

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 22648 Mark.

eine sorgfältige Pflege, und auch die Benutzung von Kabeln für den Fernverkehr von Stadt zu Stadt kam verhältnismäßig früh zur Aufnahme. Heute sind die wichtigsten Verkehrszentren des Landes, wie Amsterdam, Rotterdam, Haag, Utrecht, Dordrecht u. a. durch Telefonkabel miteinander verbunden. Die Fernkabelnetze Deutschlands und Hollands dürften berufen sein, im internationalen Fernverkehr eine wichtige Rolle zu spielen. — Welt vorgezeichnet ist die Verwendung von Telefonkabeln in England, dort sind mehr als 1000 Kilometer Kabel im Betrieb. Sie haben gegenwärtig eines starken Schneesturms, der England vor einigen Jahren beinahe, die Vorteile des Kabelfernbetriebes deutlich erwiesen. Während ein großer Teil der oberirdisch verlaufenden Leitungen vollständig zerstört wurde, blieben die Kabel unversehrt und ermöglichten die telefonische Verbindung zwischen den Hauptstadtstädten des Landes. — Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gewinnen Kabel für die telefonische Verbindung weit entfernter Orte steigende Bedeutung. Bis jetzt sind die wichtigsten Punkte der östlichen Staaten durch Kabel verbunden, Pläne für eine großzügige Erweiterung des Netzes befinden sich in Vorbereitung.

Die Kabeltelephonie steht ihre Erfolge hauptsächlich auf zwei Hilfsmitteln, die Kupferspulen und den „Verstärker“. Der letzte vollendete Form in der Glühlampebodenöhre gefunden hat. Die Glühlampebodenöhre wurde zuerst von Dr. Riecke bekannt gegeben und war auf anderen Gebieten schon längere Zeit bekannt. Mit ihrer Hilfe hat man es in der Hand, sowohl jede erforderliche Verstärkung, als auch eine vollkommen natürliche Wiedergabe der Sprache zu erreichen.

Wie das Rheinlandkabel, so hat die Siemens u. Halske A. G. auch einen großen Teil der holländischen Telefonkabel geleistet und sich ferner namentlich um die Durchbildung des Verstärker, der Verstärkerunit sowie der Schaltungen verdient gemacht. Es ist eine eindrückliche Tatsache, daß nach dem Urteil der holländischen Telegraphenbehörden mit den von der Firma Siemens gefertigten Kabeln, „überaus gut“ Erfolge erzielt wurden.

Die Kabeltelephonie ist heute technisch so vervollkommen, daß man jede Entfernung innerhalb der einzelnen Erdteile und, unter Zubehörnahme der drahtlosen Telefone zur Überbrückung der Ozeane, auch von Kontinent zu Kontinent beherrscht. Ob und wann der Gedanke eines die ganze Erde umfassenden und sämtliche Erdteile und Länder verbindenden Telefonnetzes verwirklicht werden wird, ist in der Hauptsache eine Kostenfrage.

Von Mohrrüben und Karotten.

Unter allen Wurzelgemüßen nehmen die teils gelb, teils roteleuchtigen Mohrrüben und Karotten (auch Möhren und gelbe Rüben und Würzeln genannt), die erste Stelle unter den Küchengemüsen ein. Sie sind in allen Küchen gleich beliebt und hier als Beigabe- und Haussmannsgemüse vielseitig nutzbar. Wenn man kann sie roh essen, sonst, einwenden und für sich allein oder mit anderen Früchten (Quitten, Birnen, Kürbis, Apfelsinen, Karpfen usw.) zu schmackhaften, gesundheitlich außerordentlich befriedigenden und im Verbrauch sehr ergiebigen Marmitaden als Brotaufstrich verarbeiten. In jeder dieser Gemüseformen sind sie nährreich und sättigend. Kein anderes Wurzelgemüse ist so früh und so spät vorhanden und wirtschaftlich so billig zu haben wie die Mohrrüben. Bei richtiger Auszugszeit und sorgfältiger Wintervorratshaltung braucht man dieses Gemüse das ganze Jahr hindurch nicht zu entbehren. Und dabei ist der Anbau von Mohrrüben und Karotten ebenso einfach als reich im Ertrag. Sie geben überall da, wo überdauert Gemüsebau möglich ist, allerdings auf solchen Plänen um so besser, wo Ihnen eine freie und sonnige Lage und ein tiefliegender, sandig-lehmiger, mehr trockener als nasser, humusreicher und warmer Boden gegeben werden kann. In nur sandbearbeitetem und dazu noch nahrungsarmem Boden bleiben die Wurzeln klein und geschmacklos und werden auch in der Form durch entstehende Gabungen und Verkrüppelungen verunreinigt. Ebenso ist Ihnen auch frischgedüngter Boden nachteilig; denn einmal beeinträchtigt dieser den guten Geschmack (insbesondere Schweine- und Hühnerküche) und anderthalb haben die Wurzeln infolge des Verzehrungsprozesses des Därgers häufig unter Radenfraß und Rostbildung zu leiden. Am lohnendsten und ratsamsten ist deshalb Ihr Anbau in zweiter Bruchfolge, nachdem der Stallmist inzwischen gut gerieben ist. Zur Unterstützung für die Ernährung der an sich stark zehrenden Wurzeln gibt man der Anbaustelle vorteilhaft eine schon wirkende künstliche Düngung unmittelbar vor der Aussaat und wiederholt dies noch einmal im Laufe der Vegetationszeit. Hierzu eignet sich am besten schwefelaureuer Ammonit und zwar in Mengen von 15 bis 20 Gramm für den Quadratmeter. Als Pflanzung wird es am besten im Gießwasser aufgezählt. Wird es trocken ausgestreut, so ist hierfür ein regnerischer Tag abzuwarten, damit es sich schnell austrocknen kann. Auf dem Wurzelstrauch liegen, verbrennt dieses und das Nachstum wird gefördert. Im übrigen ist aber nach alter Erfahrung das gute Gedelten der Wurzeln erheblich von den herrschenden Witterungsverhältnissen und von manchen unerklärten Nebenwirkungen der Bodenbeschaffenheit abhängig, sodass sie stellenweise trotz aller Mühe und Sorgfalt nicht gebessert werden können, ohne daß hierfür eine plausible Ursache vorhanden ist.

Emil Wienau v. Hamburg.

Die alte Eiche.

Bon Curt Herrmann.

Curt Herrmann, der feinsinnige Maler der lichten Schönheit von Stillleben und Blumen, veröffentlichte im Februar-Heft der „Gartenzschönheit“ die folgende reizvolle Winterstudie. Die Eiche.

Schade, daß nicht vor einigen Menschenaltern ein lebender Jungling ein Herz mit dem Karmendrag seiner Geliebten und einer Jahreszahl in seine Hände geschrieben hat, dann hätte ich doch einen Unfallspunkt für das Alter des herzlichen Baumes, der den Eingang zu meinem Garten nur schon seit Menschenzedenen bewacht und seinen fühligen Schatten über den Weg breitet, als wolle er einsladen und vorbereiten zur Ruhe und Genügs, die den Eintrenden erwarten.

Wie eine riesige Spinne breitet er im Winter sein blaues Geäst vor dem Hause aus. Wie Blüte schließen die Zweige in scharfem Bissack nach allen Richtungen, trozig und kratzig, ein alter Rechte, ein reuer Freund des Hauses, wie dieses vor Alters seit im Hohen verankert. Aber im Frühling schmilzt mit dem letzten Schnee doch sein trostiges Aussehen. Aus den knorriegen Zweigen schlagen taufrisch und überlauffend geschmeidige Rüben, in grazilien Schwungungen und Bogen sich zur Höhe neigend, als würden sie magnetisch angezogen vom Hinterkopf, ihn zu strecken und die zarten Gräser und Blätter, leise zu lassen, die in seinem Schatten gebilden. Ein riesiger Blätterdach entwickelt sich seine Krone und wie ein gewaltiger Connenschirm breitet sie sich, immer weiter tastend und greifend, in die Luft.

Was nennt den Baum gewöhnlich Trauer-eiche. Über diesen Namen verbietet er mir, wenn es über selber keine

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 28. Februar 1928.

Die Katastrophe von Smyrna.

(1) Washington. Staatssekretär Hughes kündigte in einem Brief an Senator Lodge, daß Staatsdepartement habe überprüft, ob Beweismaterial bezüglich des Urhebens der Katastrophe von Smyrna erhalten. Die türkischen militärischen Sicherheitsbehörden könnten indessen kaum die Verantwortlichkeit dafür ablehnen, daß die Verbrennung nicht aufrechterhalten wurde, was zweifellos eine der Ursachen des Unglücks war.

Amerika und die Frage des internationalen Gerichtshofs.

(1) Washington. Ergänzend wird berichtet, daß der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten in der Frage des Beitrags der Vereinigten Staaten zum händigen internationalen Gerichtshof keine Abstimmung vornehme, doch aber übereinstimmt, die Anzahl dahin ginge, eine sofortige Annahme eines derartigen Gesetzes, durch das dem Erlass des Präsidenten stattgegeben würde, sei unumlich. Es wurde beschlossen, weitere Informationen über die Frage einzugehen. Senator Lodge wird heute mit dem Präsidenten Harding beraten.

Die Unterstützung der Handelsmarine mit Rüstungsmitteln.

(1) Washington. Da das Schiffahrtssubventionsgesetz nicht durchgeht, bestätigt die Regierung nach einer Abstimmung des Weißen Hauses keine weiteren Versuche betreffend eine Unterstützung der Handelsmarine mit Rüstungsmitteln zu unternehmen.

Der Sekretär des Innern teilte mit, daß 20 Millionen Menschen in Alaska von der Regierung für die Versorgung der Kriegslöcher zurückgehalten werden.

Die Arbeitslosigkeit in England.

(1) London. Am 19. Februar betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1 340 200, also 28 571 weniger als in der Vorwoche und 145 678 weniger als am 1. Januar 1928. Bombenattentat in Kairo.

(1) Kairo. Auf dem Bahnhofplatz wurde eine Bombe gegen fünf englische Soldaten geworfen, von denen zwei schwer, die übrigen leicht verwundet wurden. Außerdem wurden drei Ägypter verwundet.

Volkswirtschaftliches.

Deutsch-Böhmisches Dampfschiffahrtsgesellschaft — Deutsche-Böhmisches Dampfschiffahrt. Die Sächsisch-Böhmisches Dampfschiffahrtsgesellschaft hat eine außerordentliche Generalversammlung, zwecks Herbeiführung einer Fusion mit der Neuen Deutsch-Böhmischem Dampfschiffahrt, Aktiengesellschaft für 21. März d. J. einberufen. Hierzu erfahren wir, daß die Sächsisch-Böhmischem stark in Auftrag nehmen muß, um die ins Ungemessen gestiegenen Kosten der Schiffs- und sonstigen Reparaturen, sowie die bis zur Wiederaufnahme des Betriebes entstehenden sonstigen Unkosten decken zu können. Diese Umstände machen die Fusion unbedingt erforderlich. Wir hören weiter, daß die Neue Deutsch-Böhmischem Dampfschiffahrt den Personenschiffsbetrieb in gewohnter Weise unter der alten Bezeichnung weiterführen gedenkt. Die Fabriken sollen am 14. April d. J. wieder aufgenommen werden.

Die Badische Anilin- und Soda-fabrik in Ludwigshafen a. Rh. fördert: In den letzten Tagen sind auf Grund englischer Berichte in einzelnen deutschen Zeitungen Veröffentlichungen über eine Anwendung des Stickstoffverfahrens der B. A. S. F. in England aufgetaucht. Es ist daran die Frage geknüpft worden, ob die B. A. S. F. ähnlich wie bekanntlich im Jahre 1919 mit Frankreich auch mit England einen Lizenzvertrag abgeschlossen habe. Diese Frage ist uneingeschränkt zu verneinen, wobei bemerkt wird, daß überhaupt außer mit Frankreich mit keinem anderen Lande ein Abkommen über die Ausnutzung des Haber-Bosch-Verfahrens abgeschlossen worden ist. Bei der in der Presse erwähnten englischen Anlage handelt es sich um ein Verlagsabkommen der Firma Brunner, Mond, der auf Grund des Friedensvertrags von der englischen Regierung die entsprechenden Patente der B. A. S. F. ohne deren Wissen zur Nutzung überlassen wurden.

Märkte.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktionsstelle pro 50 kg an Station: Weizen, märktlicher 46500—46500. Rubig. Roggen, märktlicher 42000 bis 43500. Stetig. Sommergerste, märktliche 40000—41000. Rubig. Hafer, märktlicher 36000—37000. Ritter. Maiskro. Berlin 44000—45000, waggonfrei Hamburg 41000 bis 42000. Ritter. Weizenmehl pro 100 kg 112000—138000. Fleiner Marken über Rottig bezahlt. Ritter. Roggennmehl pro 100 kg 110000—128000. Ritter. Weizenkleie 26000 bis 28000. Roggenkleie 28000—29000. Stetig. Raps 90000—95000. Stetig. Leinfaul 90000—95000. Stetig. Erdbeeren, Victoria 70000—80000, kleine Speiserüben 50000 bis 60000. Rübenkohlen 40000—45000. Rüben 70000 bis 80000. Lupinen, blaue 60000—75000. Serradella 100000 bis 130000. Rapstuchen 82000. Leintuchen 60000. Tropenflocken 17000—18000. Wollwertige Futterflocken 26000 bis 28000. Lorbeerflocke 80/70 9000—9500. Kartoffelflocken 25000—26000.

an ihr sich offenbart. Welche Kraft ist es, die ihre Welle auswirkt, an ganz bestimmten Stellen umzuführen und sich in entgegengesetzter Richtung weiterzumachen, bis wieder ein Halt eintritt und so die bizarre Formen, Figuren und Verschlingungen entstehen, die dem Baume eine Schönheit verleihen, die scheint aller Regeln spottet und doch das Geleb alles Gewohnten in sich trägt. Warum bauen Eiche, Tanne und Eiche ihre Blätter verschieden auf, wozu streben die einen zum Eimel, während andere, wie magnetisch angezogen, mit ihren Zweigen fast den Boden berühren? Wie kommt es, daß im erwachenden Frühling selbst am höchsten Baume die Blattknospen, wie von einem Zauberstab berührt, am untersten und obersten Zweige sich gleichzeitig öffnen, während wir doch wissen, daß der Saft unter der Rinde nur allmälig steigt, und man daher meinen sollte, daß die untersten Zweige erst, die obersten zuerst ihre Blätter entfalten müßten. Fragen über Fragen und Rätsel über Rätsel, alles Geheimnis ist Geleb und alles Geleb ist Natur, in einem Reichen sich alle, in der Schönheit und Harmonie, die allein der Mensch empfinden und genießen, aber restlos nicht entziffern kann.

Doch auch der Mensch kann zum Schöpfer werden, wenn er, Gottes Ehrendienst, seinen Geist in den Geist der Allmacht versenkt, wenn er die Weise der Natur versteht und aus ihr schöpfend Werke schafft, die die Weise allein Werdens in sich tragen.

Das nennen wir Kunst.

Im Kreis kann Dich die Weise meistern,
In der Geschicklichkeit ein Wurm Dem Lebte sein,
Dein Willen teilt Du mit vorgesetzten Geistern,
Die Kunst o. Weise habt Du allein.

Man verlangt überall
Radeberger Billner!

Möbl. Zimmer

von jungen Herrn sofort
gekauft. Angebote unter
C W 47 an das Tägl. Riesa.

Ingenieur der 2. Werke
(ledig) sucht

möbl. Zimmer.

Gest. Off. u. C S 48 an

Tägl. Riesa.

Bewohnungsaufz.

Taugliche meine 4 Zimmer.
Bewohnung in Mohrmann geg.
gleichwohl in Glashütte,
Langenberg, Gladewitz ob.,
Nürnberg, Gladewitz ob.,
An der Werthold,
Mohrmann, Döbelner Str.

Bewohnungsaufz.

St. A. R. m. Zubeh. vrt.
in Riesa geg. gleiche oder
größere geplant. Off. unt.

C T 44 an Tägl. Riesa.

Vogerraum

in Riesa gesucht.
Öfferten unt. C R 42

an das Tageblatt Riesa.

Eine Magd

sucht G. Schmidt, Pöbbis.

Aufwartung

für ganze oder 1/2 Tag

bei voller Kost gesucht.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Schneiderin

oder Mutterfrau

ins Haus gelingt

Pöbbis Str. 25, v. L.

Helmarbeit

(Faktoreien).

Geübte Händlerinnen und
Handarbeiterinnen f. erkt.
klassige weiße Badkartoffel
bei sehr hohen Löhnern für
dauernd von auswärtiger
Wollwarenfabrik gesucht.

Briebe erb. unt. C V 45a

an das Tageblatt Riesa.

Bedeckungsförderchef,

beschäftigt, ihrem Betrieb

eine Abteilung

"Korblampen"

anzugliedern. Zur Einrich-

tung und eventl. Leitung

wird hierzu ein tüchtiger

Fachmann

gesucht. Gest. Off. unter

C V 45a an Tägl. Riesa.

Nebenbeschäftigung

kleine Zimmerarbeiten

sind zu vergeben.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Hausgrundstück

in Riesa oder Umgegend

zu kaufen gesucht.

Öfferten unter C Q 41

an das Tageblatt Riesa.

Jg. Schäferhund

mit Stammbaum

zu verkaufen. J. Geiger,

Görlitz Str. 24.

Neuer Pelz

lung. Schaf.) mit prima

Fell. Überzug geg. landw.

Produkte zu kaufen oder

gegen bar zu verkaufen.

Wurz Händler, Lorenzkirch

3 1/2 Meter Unzugstoff

v. add. 5 Uhr ab zu vert.

Händler, Rundteil 12, 1.

Sehr gutes Kinderwagen,

gepolstertes Kinderklapp-

wühlchen zu verkaufen.

Zu erst. im Tageblatt Riesa.

Großer Gastloher

zu verkaufen. Pöbbis

Platz, Rundteil 2/68, v. L.

Gebr. Dezimalwaage

(8 Uhr. Tragkraft)

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa.

Wein-

Flaschen

flaschen.

Kaufst. Richard Boden,

Görlitzer Weingroßhand-

lung, Riesa, Fernspr. 172.

Durststeigerung.

Sonntags, 3. März, vorm. 10 Uhr, kommen
durch mich Bahnhofstr. Nr. 8 folgende gebrauchte,
teils bessere, auerhaltebare Gegenstände weggeschoben
aus freiwilligen Beisteuerung, als:

Sofas, Bettläufer, Tische, Stühle, Men-
sager, Weder, Nähmaschine, Bettstelle, Schreibfederstiel, Rückenschrank u. Tisch,
Sesselmöbel, Liebergermöbel, Mösch-
decke, Roten- und Bowlenkästen, Nach-
tisch, Waichtischgestell, Binkbadewanne
mit Wärmeofen, Treppenleiter, Schub-
karre, Hundehütten, Haubdielen u. Bretter,
Korbflaschen, 1 Kapselfmaschine u. v. a. m.
Riesa, Möhlerstr. 11. 3. März

verpf. Auktionsator u. Tagator.

Ruckholz-Bersteigerung

Bretter, Bau- und Gebenholz,

Forstrevier Strauch-Merzdorf

Volt und Bahn-Gabelitz i. S. Anrufl. Großenhain 89
Riedt. Bahnhofstraße Berlin-Dresden, 5 km Gabelitz,
9 km Großenhain. — Gute Abfuhr.

Am Sonntag, den 15. März d. J.
werden von nachm. 21. Uhr ab im kleinen Saal des
Hotels Sachsenhof zu Großenhain aus den dies-
jährigen Winterbudenführungen der Abt. 1, 2, 3, 4,
5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 und 15
etwa 300 im liefernden Ruckholz
in größeren Posen, welche abteilungs- bez. unter-
abteilungsweise geordnet sind, unter den vor der
Bersteigerung bekannten zu mögenden Bedingungen
meistertisch verkauft.

Aufmachisten mit Losverzeichnis und Berstei-
gerungsbedingungen gegen 400 M. Schreibpäckchen
im unterschneideten Postamt. — Besichtigung der
Hölzer jederzeit nach vorheriger Anmeldung.

Postverwaltung Strauch-Merzdorf.

Großer Pferde- und Wagenverkauf.

44 gute, an schweren Zug gewohnte

Arbeitspferde

im Alter von 4-7 Jahren, darunter

1 Paar 4- und 5jährige Holsteiner Apfelschimmel,

Wallache 1,72 gr.

1 - 5jährige langschwänzige Fuchsäpfel, Walla-
che, 1,68 gr.

1 - 4- und 5jährige langschwänzige Rappäpfel, Wa-
llache, 1,70 gr.

1 - 5jährige Apfelschimmel, Dänen, Stuten, 1,68 gr.

3 - 4- und 5jährige langschwänzige braune Dänen,
Stute und Wallache, 1,67-1,70 gr.

1 - 4jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 4jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,67 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 - 5jährige braune Dänen, Stute und Wallache, 1,68 gr.

1 -

Die Reichswehr=Debatte im Reichstag.

Wertbeständige Anleihen.

Aus Berlin wird und geschrieben:
Die von der Reichsregierung beschlossene innere Goldanleihe wird vom 12. März ab zur Bezahlung aufzufordern werden. Für die Einzahlungen ist eine längere Frist vorgesehen. Sie ist als eine reine Anleihe in ausländischen Zahlungsmitteln anzusehen, denn Einzahlungen, wie Rückzahlungen erfolgen in Devisen oder in Gold. Der Zweck dieser Anleihe ist ein doppelter. Sie ist zunächst ein wirtschaftliches Kombinat, denn sie soll die Gold- und Kreeditversorgung des gegen die Invasion eines räuberischen Feindes kämpfenden Ruhrgebietes sichern. Auf der anderen Seite aber soll sie auch dazu dienen, unsere Währung weiter zu festigen und der Reichsbank eine längere Fortsetzung ihrer Markstabilisierungsaktion zu ermöglichen. Die Bedeutung dieser ersten wertbeständigen Reichsanleihe für die ganze weitere Entwicklung unserer Währung als der Grundlage unseres wirtschaftlichen Gütertauschs kann garnicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Reichskanzlerpräsident haben hat aus guten Gründen die Mitglieder des Centralausschusses der Reichsbank aufgefordert, sich mit allen Kräften für das Gelingen der Goldanleihe einzusetzen. Denn erfordert das nicht nur eine gewaltige Förderung unseres Krebits im Auslande und damit eine wichtige Vorarbeit für kommende auswärtige Anleihen, sondern auch den Beginn einer Währungsflankierung, den ersten Schritt aus der entwerteten Papierwährung heraus zu einem neuen, festen Wert- und Preismesser.

Im Reichstage wird das Goldanleihegegebe natürlich auf keinen irgendeine erheblichen Widerstand stoßen. Man hat vielfach sogar die Frage aufgeworfen, warum wir in Deutschland nicht längst wertbeständige Anleihen aller Art aufgestellt haben, um die Flucht des kapitalbesitzenden Bürgertums, die bisher in die Devisen oder auch in die Effekten erfolgte, in Bahnen zu lenken, in denen sie dem öffentlichen Interesse dienlich gemacht werden kann. Tatsächlich haben auch in letzter Zeit Kommunen und kommunale Körperschaften bereits begonnen, zur Deckung ihres Geldbedarfs, der mit Papiermarkanleihen nicht mehr befriedigt werden konnte, wertbeständige Anleihen aufzulegen. So entstanden die verschiedenen Hoblen-, Braunkohlen- und Rogenwertanleihen, deren Prinzip es war, bestimmte Sachverleihnahmen des Schuldners als Sicherung einer Anleihe zugrunde zu legen, deren Einzahlung, Rückzahlung und teilweise auch Verzinsung dann nach dem jeweiligen Preise des zur Sicherung dienenden Sachvertrags bemessen wurde. Der Anleihennehmer müßte dabei denjenigen Sachwert, aus dem ihm erhebliche Einnahmen zur Verfügung standen, also z. B. Mecklenburg den Rogen, Sachsen die Braunkohle. In Preußen plant man zur Abhilfe des staatlichen Geldmangels eine Kaliantelei aufzulegen, die für die innere Goldanleihe des Reichs deshalb keine störende Konkurrenz bedeuten würde, weil sie ja in Papiermark eingezahlt werden soll, während die Reichsanleihe sich nur an die Devisenbesitzer wendet. Das Prinzip aller dieser wertbeständigen Anleihen für die schuldenreichen Staaten und Kommunen besteht darin, daß ihre Rückzahlung und Verzinsung in dem Falle, daß keine bauende Sicherung des Papiermarkwertes, keine Deflation eintrete, außerordentliche Schwierigkeiten bereite. Diese sind geringer, wenn der Schuldner aus den Sachwerten, deren Preis die Anleihe zum Wertmesser nimmt, erhebliche dauernde Einnahmen zur Verfügung stehen, deren Wertextrakt zu dem für die Tilgung und Verzinsung des Anleihenkapitals immer im gleichen Verhältnis steht. Das würde z. B. auch für eine preußische Kaliantelei gelten. Aber es gilt nicht für die Goldanleihe des Reichs, daß nicht im Falle entsprechend hoher beweglicher Einnahmen ist. Daher würde eine Goldanleihe des Reichs, die in Papiermark einzahldbar, aber in Gold oder Devisen rückzahlbar wäre, für das Reich im Falle weiterer Geldentwertung ein unerträglich hohes Risiko bedeuten.

Das Reich konnte aus diesem Grunde den Weg, den Sachsen und Mecklenburg mit ihren wertbeständigen Anleihen gegangen sind, und den auch Preußen mit der Kaliantelei zu gehen plant, nicht beschreiten. Die innere Goldanleihe des Reichs muß in Devisen eingezahlt werden, wie sie in Devisen oder Gold zurückgezahlt wird. Sie ist eine Kampfanleihe für das große Ringen an der Ruhr und soll dieses Ringen zu Deutschlands Gunsten entscheiden helfen. Diesem großen Ziel gegenüber mußten alle Rückfichten auf das Risiko, das Reich mit dieser Anleihe eingibt, zurückstehen. Und nicht nur für das Reich, sondern auch für alle deutschen Devisenbesitzer haben jetzt alle anderen Rückfichten zu schwören gegenüber dem einen großen Ziele, das vor uns steht: durch das Durchsetzen an der Ruhr die Grundlage zu schaffen für die zukünftige Gefundung unserer frischen Währung und unserer freien Wirtschaft.

Die 50 Millionen-Dollaranleihe.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Beauftragung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds angenommen. Der Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, 50 Millionen Dollars durch Ausgabe von Schenkungsaufwendungen flüssig zu machen. Der Devisenfonds soll zur Stützung der Währung verwendet werden. Der Fonds soll von einer besonderen Stelle verwaltet werden. Infolgedessen sollen Ausgaben und Einnahmen nicht im Staat durchlaufen; es ist aber vorgesehen, daß über Bestand und Verwendung der Mittel des Fonds dem Rechnungshof des Deutschen Reichs Rechnung gelegt wird. Nach den Mitteilungen des Reichskassierers ist über die Durchführung der Anleihe bereits verhandelt worden. Die Regierung hat mitgeteilt, es sei beabsichtigt, die Anleihe auf drei Jahre laufen zu lassen. Die Einzahlungen sollen am 15. März, 15. April und 15. Mai gemacht werden. Nach den bis jetzt bestehenden Plänen soll bei der Rückzahlung für 100 Dollars ein Betrag von 120 Dollars gezahlt werden. Die Reichsbank wird sämtliche Bürgschaften übernehmen.

Der Reichstag nahm ferner einen Gesetzentwurf zur Erhaltung leistungsfähiger Frankentarife an, nach dem fett Sachleistungen von den Frankentarif-Verleistungen gegeben werden können und die Grenze der Versicherungspflicht auf 2 Millionen Mark erhöht wird.

Abbau der Eisenbahntarife?

Die Reichsregierung beschäftigte sich gestern in einer Sitzung mit den Tarifen bei der Reichsbahn und mit den Kohlenpreisen. Im Gegensatz zur Erhöhung der Frankentarife der Reichsbahn am 1. März um 100 Prozent ist eine Erhöhung der Gütertarife am 1. März nicht geplant; man weiß vielmehr innerhalb der Reichsregierung, die Frage, inwieweit man einen Abbau der Eisenbahntarife vornehmen könnte, ohne die Rentabilität des Eisenbahnbetriebs in Frage zu stellen.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 27. Februar 1923.

Zur Erledigung folgt eine Reihe kleinerer Vorlagen. Der Reichstag hat neuerlich die im Pressenotizie vom 1. Februar auf 2 Prozent erhöhte Bausubstanz von 1 Prozent auf 2 Prozent erhöht. Gemäß einem sozialdemokratischen Antrag wird die Vorlage nochmals an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß vermißt.

In einer Novelle zum Gesetz über Notstandmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Auslandsbürgerschaft und Angestelltenversicherung verlangt der Reichstag, daß das Reich den Gemeinden neunzig Prozent der veranlagten Unterstützungsbeiträge erlegen soll. Reichsregierung und Reichstagabstimmung wollen an achtzig Prozent festhalten. Nach kurzer Debatte wird die Vorlage des Reichsrats abgelehnt, es bleibt also bei achtzig Prozent, alsdann wird die zweite Beratung des Reichswehrministeriums fortgesetzt.

Abg. Ledebour (Unabh.) bezeichnet die lezte Rede des Reichswehrministers als einen schlauderen Beweis dafür, daß der Reichskanzler sein Amt noch genau so ausübt, wie seiner Zeit die wilhelminischen Minister. Minister Gehler habe mit vollem Recht erklärt, nur ein Verrückter könne an einem bewaffneten Widerstand gegen die Franzosen denken. Die Rechte des Hauses sei offensichtlich anderer Ansicht. Sozialist. Abg. Dergat verbreite die Illusion, als ob die Sowjetregierung in einem Krieg mit Frankreich die deutsche kapitalistische Regierung unterlässt würde. Das sei eine wahnwitzige Idee. Denn eben Sowjetlern und Sowjetkreis sind vereinigt hätten, wären die deutschen Städte schon durch Flugzeuge zerstört. Die Verbindung hoher Offiziere mit den illegalen Orgelverbänden sei nachgewiesen. Wenn damit keine kriegerischen Zwecke verfolgt würden, könne es sich also nur um die Niederholzung der Arbeiterschaft nach italienischem Muster handeln.

Abg. Müntzler (Soz.) verlangt vom Minister eine klare Antwort auf die Ausführungen des Abg. Schöpfen über die Beziehungen der Reichswehr zu den Selbstschutzorganisationen. Der Verdacht liege sehr nahe, daß Reichswehroffiziere und Soldaten an den Waffenclubs und Waffenfestsäulen in verschiedenen Reichswehrbezirks beteiligt waren. Auch die Nationalsozialisten hätten ihre Waffen von der Reichswehr erhalten. Redner kritisiert sodann die in der Reichswehr verbreiteten Soldatenzeitungen, deren Inhalt anti-republikanisch und monarchistisch sei.

Reichswehrminister Dr. Gehler: Es ist richtig, daß jetzt von Unverantwortlichen alle möglichen Kriegspläne ausgeheckt werden. Bedenklicher ist es aber, wenn verantwortliche kommunistische Arbeiterschüler in Betriebsräte-

versammlungen den Arbeitern vorreden, die russische rote Armee werde den deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen gegen Frankreich und die deutschen Kapitalisten. Ich halte diese Agitation für ebenso bedenklich, wie jede andere Agitation, die an militärische Aktionen appelliert. Zu den vielen Fragen, welche die beiden Vorredner an mich gerichtet haben, beweise ich, daß ich es in dieser kritischen Zeit für zweckmäßig erachte, nicht zu viel Reden zu halten. Ich habe nicht erklärt, daß zwischen der Reichswehr und den illegalen Organisationen feindselige Verbündungen bestehen. Ich habe vielmehr in engerer Verbindung mit Minister Seering alle die beunruhigenden Nachrichten mit größter Aufmerksamkeit nachgeprüft. Ich halte es aber für unmöglich, solchen seßlichen Bewegungen allein mit dem Polizei- und Heeresaufkommen. Ich habe alles getan, um ein Überbrechen dieser Bewegung auf die Reichswehr zu verhindern. Die Überwachung und Verfolgung der illegalen Organisation ist Sache der Polizei und Gerichte. Nur durch Minister Seering erlaube ich, ob Reichswehr an verbotenen Versammlungen teilnommen habe, denn meine eigenen Nachrichten sind ja aufgehoben worden. Ich stelle mit allem Nachdruck fest: Der Schuh der Grenzen kann nur unter von der Reichswehr mit den dazu verhältnismäßig beruhenden Behörden durchgeführt werden. Danach ist ein Zusammenwirken mit illegalen Organisationen ausgeschlossen. Um übrigens verfolge er gemeinsam mit Minister Seering auch den Armeen, zu verhindern, daß noch so viele verabschiedete Offiziere und Soldaten mit Reichswehruniformen herum laufen. Auch hinter dem General von Waller mit seinen Blößen steht die Reichswehr nicht. Über gerade in seinem Prozeß ist wiederum die illegale Reichsorganisation mit der Gefahr eines Unfalls von links begründet worden. Davon ergebe sich wieder, wie gefährlich die ständigen Prozesse von links mit einer neuen Revolution seien. Mit solchen Prozessen sei die Linke nur der Betreiber der anderen Seite. (Beifall.)

Abg. von Gallwitz (Dnat.) nimmt in einer kurzen Erklärung die nationalen Verbände gegen die Angriffe von links in Schuh und erklärt, ihr Tun und Streben sei von patriotischem Geist erfüllt und diene nur dem Schuh von Recht und Ordnung.

Abg. Fröhlich (Kom.) wiederholt die Behauptung, daß die Leitung der Reichswehr mit den illegalen Organisationen in Verbindung stehe.

Abg. Ledebour (L. Soz.) erkennt an, daß Dr. Gehler ein guter Kerl sei, ihm fehle aber die Energie. Die Reichswehr müßte überhaupt abgeschafft werden. Das Schall des Ministers wird darauf bewilligt, der Heeresrat erledigt. Morgen 2 Uhr Marinetat und Goldanleihe. — Schluss um 6%, Uhr.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die französischen Truppen gehen weiterhin zur Beschlagnahme von Lebensmitteln in großer Menge über, die auf höhere Befehl zurückzuführen ist. Diese Beschlagnahme soll ebenso wie die Konfiszierung von Lohnsiedlern offenbar dem Zweck dienen, die Arbeitsmoral müßte zu machen. In Wirklichkeit wird durch diese Eingriffe die Erregung der Arbeiter nur gezeigt.

Die Franzosen haben im Bureau des Rheinbahnsgewerkschaften in Coburg eine Handlung vorgenommen, wobei 12 Millionen Mark Reichsunterstützung weggewonnen wurden.

Rath einer Meldung der „Voss. Zeitung“ aus Koblenz hat die Rheinlandkommision befloßt, daß die von den Militärbehörden verhängten Gefangenstrafen anstatt in deutscher Gefangen in französischen, englischen oder belgischen Gefangen abzuhängen sind.

Wie die Agence Belga mitteilt, hat die belgische Militärbehörde gestern den Beamten der Staatsbahn und des Post-, Telegrafen- und Telefonbüros durch Vermittlung ihrer vorgesetzten Behörden Einschränkungen zum Dienst in den besetzten Gebieten zu geben lassen.

Die Nachrichten aus Essen über Raubüberfälle mehren sich. Einer ganzen Reihe von Bürgern wurden die Uhr und die gesamte Taschentücher abgenommen; wer sich zur Wehr setzt will, wird mit dem Revolver bedroht. Außerdem haben die Franzosen in den Straßen von Essen Autostallen eingerichtet und beschlagnahmen alle Personennahos, deren sie habhaft werden können. Da die fürstlich seitgelehrten Obdachlosen aus dem südlichen Obdach in Essen sich geweigert haben, für die Franzosen zu arbeiten, sind sie lärmlich ausgewiesen worden. 60 Schutzaufzugsbeamte aus Essen sind von den Franzosen verhaftet und nach Bremen transportiert worden. In Bonn, wo auch mehrere Autos beschlagnahmt worden sind, haben die Franzosen zehn führende Geschäftsführer verhaftet. In Dortmund haben die Belegschaftsbehörden in den Zeitungshäusern sämtliche Exemplare der Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschlagnahmt. In Kupferdreh haben die Franzosen 260 Millionen Mark Lohngehalte fortgenommen, die für die Zeche Adler bestimmt waren. In Gerolstein wurden 18 Eisenbahnerfamilien gewungen, ihre Wohnungen zu räumen, weil sie angeblich Sabotage-Aktivität an der Bahn verübt haben sollen.

Der Reichsbahnknebeneinstellung in Trier, die von den Franzosen ausgebunden werden sollte, ist es gelungen, ihre sämtlichen Akten in Sicherheit zu bringen, sobald die Franzosen nichts mehr antraten.

Die Rheinlandkommision hat dem Führer der russischen Kommunisten Radek und seinem Begleiter die Einreise ins besetzte Gebiet verboten.

Bis zum 21. Februar sind im obbesetzten Gebiet 550 Personen von der Rheinlandkommision ausgewiesen worden.

General Degoutte hat eine Verordnung erlassen, durch die die Schutzaufzugsbeamten in Essen-Stadt und -Land ausgelöst wird. Die Waffen, Dienstvorräte und Ausrüstungsgegenstände seien unverzüglich den französischen Militärbehörden auszuhändigen. Die Beamten aller Dienstgrade der aufgelösten Schutzaufzugsbeamten werden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. An ihre Stelle soll eine Gemeindepolizei von höchstens 800 Mann treten, die sich nur aus Einheimischen zusammenstellen darf. Die Ausstellung der Karte dieser Polizei ist von der Zustimmung des kommandierenden Generals abhängig. Die Polizisten dürfen eine blaue oder andersfarbige Uniform tragen, jedoch keine grüne Uniform.

Wie zu dem französischen Vormarsch gegen Limburg von zuständiger Seite mitgeteilt wird, sind die Franzosen von Düsseldorf aus zur Blockstelle zwischen Freiburg und Bahnhof Limburg etwa 500 Meter vom Bahnhof Limburg vorgezogen. Die Stadt und die Bahnhofsgebäude sind frei; dagegen haben die Franzosen den Ort Rieberg südlich von Limburg besetzt und damit die Straße Limburg-Frankfurt a. M. unter ihre Kontrolle gebracht.

Die Belgier drangen in Stolberg bei Aachen in eine Holzgroßhandlung ein und schaften 15 mit Sack beladene Wagons, die Privatbesitz sind, fort

Nach einer Meldung der „Voss. Zeitung“ aus Frankfurt ist der Straßburger Sequester für die Liquidation deutscher Eigentums verhaftet worden. Die gegen ihn eingetretene Untersuchung hat bereits ergeben, daß von der Betriebsunion der Liquidationsgelder aus deutschem Eigentum in Höhe von etwa 1300 Millionen Francs dem französischen Staat bisher nur etwa 300 Millionen zugängt worden sind. Dennoch scheinen Unterstellungen von ungeheuerlicher Größe vorgetragen zu sein. Die Angelegenheit hat für Deutschland deshalb besondere Interesse, weil nach dem Vertrag der Liquidationsgelder auf die Reparationsleistungen angerechnet werden.

Der Londoner Korrespondent des „Newspaper Herald“ berichtet, daß die letzten französischen Forderungen in der Frage des Transitverkehrs durch die Söldner-Besetzungszone wahrscheinlich in höflicher Form abgelehnt werden, und fügt hinzu, daß die englische Regierung die gleiche Haltung binational der von Frankreich verlangten Abreitung eines neuen Gebietsstreifens im Nordwesten der englischen Zone einnehmen werde. Die Engländer verzweigen Frankreich auf eine stärkere Invasion vorbereiten, das Verbrechen auf dem Rhein, der sie nicht unmittelbar berührt würde. Der Tüddeler Sonderberichterstatter des „Newspaper Herald“ hält die Übernahme der rheinischen Eisenbahnen in französisch-belgische Regie für unmöglich, wenn es den Belagungsbehörden nicht gelinge, eine Mittwirkung der Engländer im Kölner Bereich zu erzielen.

Zur Eisenbahnbetriebslage im Kölner Bezirk wird gemeldet: In Königswinter sind Eingriffe in den Eisenbahnbetrieb noch nicht erfolgt. Der Bahnhof ist wieder frei von Besetzung. Es verläuft, daß die Deutsche zwischen Oberkassel und Unkel einschließlich des letzten befreit werden sollen. Die Postkontrolle in Oberkassel bei Bonn soll nach Mitteilung des Leiters der Kontrollstelle bei Bonn 27. Februar wieder aufgeladen werden. Die Rheinbrücke zwischen Erpel und Remagen ist seit dem 17. Februar für den Fußgängerverkehr durch die Franzosen gesperrt. Der Fußverkehr zwischen Godesberg und Niederdollendorf ist eingehalten worden. Es verbleiben nur noch Motorboote. Vorgestern vormittag zwischen 11 und 12 Uhr ist zwischen Koblenz-Hauptbahnhof und Bockholtz Röndbach eine Lokomotive auf einen Bergungswagen aufgestellt. Die Lokomotive wurde stark beschädigt, der Backwagen und zwei andere Wagen des Auges entgleist. Das Zollamt Brühl wurde durch belgische Zollbeamte besetzt, und die deutschen Zollbeamten wurden ihres Dienstes entbunden. Der Güterverkehr nach Bonn ist eingehalten. Der Eisenbahnaufseher Heinrichs in Kehl und der Eisenbahninspektor Beglich von der Stationsschule Kehl wurden verhaftet und vermutlich nach Kehl gebracht. Bahnmeister Bahnerts, ebenfalls in Kehl, wurde von zwei französischen Polizisten aus seiner Wohnung geholt und nach dem Bahnhof gebracht. In Bitburg wurden Eisenbahn-Ingenieur Groen und zwei Lokomotivführer in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsvertreter verhaftet. In Kehl wurden der Eisenbahnamtmann Didier und die Bahnhofsvorsteher von Moers und Salzrodt verhaftet. Die Belagerung verlief, die noch in Trier befindliche Geschäftsstelle der Reichsbahndirektion Trier aufzulösen. Es gelang den Beamten, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen und die Geschäftsstelle anderswohin zu verlegen.

Der Betrieb auf dem Dortmund-Ems-Kanal ist infolge des Verlustes der Franzosen, eine 10prozentige Zollabgabe einzutreiben, zum Stillstand gekommen. Die insbesondere fahrenden Läden werden in Münster zurückgehalten.

Vor gestern wurde der Bahnhof Babelsberg bei Dortmund von den Franzosen besetzt. Der Eisenbahnaufseher ist festgelegt. Der Hauptbahnhof Bremen wurde gestern morgen für eine halbe Stunde besetzt, mehrere Eisenbahnbeamte wurden festgenommen und festgekleppt. Die Verhandlungen über die Freigabe des Rathauses in Dernau sind gescheitert. Der Bürgermeister von Dernau wurde zu einem Jahr Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. — In Hiddingshausen und Gildehaus haben die Franzosen Kontrollstellen eingerichtet, in Oberhausen und Erkrath haben sie heute zahlreiche Autos.

Ministerien und Beamten der Banken in Rheinland sind wegen der Verurteilung des Landesdirektors Wolfert von der Wiesbadener Filiale der Düsselkonto-Gesellschaft in einem Prozeßshaus getreten.

Die in Ems von der interalliierten Rheinlandkommission eingerichteten Behörden, u. a. das Ein- und Ausfuhramt, sind im Widerspruch zu dem Berliner Friedensvertrag und zum Rheinlandabkommen erledigt worden; die Polizei- und Verwaltung hat deshalb auf Grund der Post-, Telegraphen- und Fernsprechordnung den Post-, Telegraphen- und Fernsprechbeamten dieser Behörden und Dienststellen gesperrt. Die Sperrung steht bereit am Aufgabeort aller an diese Behörden nimm. gerichteten oder von ihnen ausgehenden Verhandlungen, Telegramme und Gespräche ein. Dasselbe gilt auch für alle übrigen von der interalliierten Rheinlandkommission eingerichteten Behörden für die Regelung der Zölle, der Ein- und Ausfuhr, der Handelsangelegenheiten usw.

In Hattingen (Ruhr) verurteilte am 23. Februar das französische Kriegsgericht den Postinspektor Tübbeling zu 5 Monaten Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

In Bonn sind während des Kriegszeitraums durch deutsche Soldaten den Telegraphenfunkstationen Sabotage durch Angriffe und Sprengsätze. Der Telegraphendirektor Willmeyer wurde am 24. Februar aus Wiesbaden ausgewiesen. Der am 22. verhaftete Telegraphen-Dienstbeamte Trutte in Bonn ist am 24. wieder freigelassen worden.

Die Presse kündigt einen direkten Zugverkehr von Düsseldorf nach Paris an, der nunmehr durch die Abreitung der bisher englischen Strecke Neuss-Düren möglich geworden sei. In zwei Richtzügen würden in beiden Richtungen verkehren.

Wie die "Frankfurter Zeitung" berichtet, haben die Franzosen die marokkanischen Besatzungsstrepen in dem Hochgebirge zwischen den Brückendorf Koblenz und Köln bis an die Eisenbahnlinie Hennel-Kobach vorgezogen und die Ortschaften Uderath und Kobach besetzt.

Dienstag vormittag traf in Reusel eine Abteilung kanadischer Kolonialtruppen ein, für die im Stadtteil Godesberg Quartiere gestellt werden mussten.

Vorgerhern nachmittags stieß das Auto des kanadischen Kreisdelegierten in Reusel mit dem Auto des früheren amerikanischen Kreisdelegierten zusammen. Das Auto, in dem die Tochter des amerikanischen Kreisdelegierten saß, wurde stark beschädigt. Frau Weidach erlitt erhebliche Verletzungen und musste ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Kosten der Ruhrbesetzung.

Auf verschiedene Fragen im englischen Unterhaus erwiderte der Premierminister, daß die Kosten der Besatzungsarmee die Priorität vor den Reparationen hätten. Durch das interalliierte Übereinkommen vom 11. März seien sie jedoch auf gewisse festgesetzte Summen beschränkt worden, die nur vermehrt werden könnten, um die Ausgaben für irgendwelche von den alliierten Mächten beschlossene Maßnahmen zu decken. Für Maßnahmen, die von der belgischen und der französischen Regierung ohne vorherige Zustimmung der anderen alliierten Mächte getroffen würden, könnte daher keine Erhöhung der Ausgaben eintreten, und jeder Vorholz in diesem Sinne müsse sorgfältig geprüft werden. Bis jetzt sei diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Bens fragte, wer die Kosten der französischen Besetzung des Ardennenabschnitts tragen werde, das Reparationskontor oder der französische Steuerzahler? Bonar Law erwiderte, er könne seiner Antwort nichts hinzufügen. Wedgwood fragte, ob diese Antwort bereits der französischen Regierung mitgeteilt worden sei und ob die französische Regierung wisse, daß England diese Haltung einnehme. Bonar Law antwortete: Nein, sie ist nicht mitgeteilt worden. Bens fragte: Haben wir irgendwelche Garantien, daß die untere Reparationsansprüche nicht vermindernd wird? Bonar Law erwiderte: Nein, keinerlei. Simon fragte den Premierminister, ob seine Amtskollegium auf die Erklärung Millerands gelenkt worden sei, nach der Frankreich nichts zulassen werde, was es von seinem Ziele abdrängen könnte, und auf die Erklärung Poincarés, daß Frankreich das, was es ergriffen habe, nicht loslassen werde, bevor die Schuld beglichen sei. Bonar Law erwiderte: Ich glaube, keine von beiden Erklärungen enthält etwas Neues. Ich habe dem, was ich schon gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Der Betrag der Schuld ist wahrscheinlich die Summe, die im Jahre 1921 festgestellt worden ist. Simon fragte: Ist das die Summe, von der Bonar Law erklärt hat, sie könne unmöglich bezahlt werden? Bonar Law erwiderte: Jawohl.

Vord Kurzvor über die auswärtige Politik.

Der englische Staatssekretär Lord Curzon sprach gestern auf einem Klubessen über die auswärtige Politik. Über die Forderung der Rückübergabe der britischen Truppen aus fremden Zonen sagte er, es müsse bei der Frage eines alliierten Rückzugsbremsen englischer Truppen auch die dadurch auf den Weltfrieden ausgeübte Wirkung erwogen werden. Er glaubte, daß die öffentliche Meinung Englands mit der Regelung der Ansicht sei, der militärische Einmarsch in das Ruhrgebiet sei, ob recht oder unrecht, auf jeden Fall unzulässig. Er glaubte, daß die öffentliche Meinung Englands sei der Ansicht, daß die Regierung recht getan habe, nicht daran teilzunehmen. Die Lösung der Wiederbefestigungsfrage sei nicht Frankreich, Großbritannien und Italien allein vorbehalten; sie sei eine internationale Frage, an der alle gleichmäßig interessiert seien.

Neuer Protest.

Der Reichskommissar für das besetzte rheinische Gebiet hat im Auftrage der Reichsregierung der interalliierten Rheinlandkommission eine Note übergeben, in der er auf die Folgen hinweist, die die Beschlagnahmeverordnungen Material durch die französischen Besatzungsstrepen, die Verhaftung von Eisenbahnbauern und die Wegnahme von großen Geldbeträgen aus den Eisenbahntaschen und der Reichsbank im Reichsbahndirektor Trier, denen ähnliche Eingriffe in anderen Bezirken, so in Mainz, entsprechen, für das gesamte Wirtschaftsleben der betroffenen Bezirke gehabt hat. Diese Maßnahmen der Besatzungsbehörden, die die schwersten Bedrückungen und Entbehrungen für die zivile Bevölkerung zur Folge haben, stehen mit dem Rheinlandabkommen in Widerspruch. Der Reichskommissar betont insbesondere, daß die Besatzungsbehörden zu irgendwelchen Schwungsmaßnahmen um so weniger berechtigt waren, als die Reichsbahn sich stets bereit erklärt hat und noch bereit ist, die dem Rheinlandabkommen entsprechenden Transporte auszuführen, und schließt mit dem Hinweise darauf, daß die Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen der den Gegenstand dieses Protests bildenden Maßnahmen auf die Rheinlandkommission fällt.

Strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen einen Berliner Schriftsteller.

Zu einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, das die Berliner politische Polizei gegen den Schriftsteller Walther Sebuss vom Nachrichtenbüro D. L. W. eingeleitet hat, teilte das Berliner Polizeipräsidium mit: Sebuss ist des Verfahres gegen § 92 Biffer 1 des Reichsstrafgesetzbuches verdächtig, d. h. ihm wird vorgeworfen, Nachrichten, von denen er wußte, daß ihre Weiterleitung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, einer fremden Regierung mitgeteilt oder öffentlich bekanntgemacht zu haben. In welchem Umfang es der Verdacht bestätigt wird, muß erst die noch im Laufe befindliche Untersuchung ergeben.

Die Einsetzung des Verfahrens ist auf Mitteilungen von Angehörigen der D. L. W. zurückzuführen, bei denen die journalistische Tätigkeit des Ohm-Bedenken erriet hatte, besonders der Inhalt seiner an ein ausländisches Nachrichtenbüro erstellten politischen Informationen. So berichtete er z. B. Ende des vergangenen Jahres an das Ausland über außerordentliche Wehrspalten und Unzufriedenheit in der Reichswehr; in den letzten Wochen verdreifachte er sich in seinen Auslandsinformationen über angebliche, die deutsche Einheitsfront erschütternde Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Reichskabinetts. Ferner gab er in der vergangenen Woche auch dem Ausland die Informationen über das angebliche Einvernehmen zwischen führenden Vertretern der Reichswehr und „Obergruppenführern“, sowie über die angeblichen Versprechungen verschiedenster Minister beim General von Seeckt. Zu gleicher Zeit, als Ohm diese letztere Information dem Ausland weitergab, vermittelte er diese Nachricht auch der Redaktion der „Neuen Rähne“, die dann am 22. 2. 28 den Aufsehen erregenden Artikel „Seeckt rüttelt zum Bürgerkrieg“ veröffentlichte. Die in diesem Artikel behaupteten Tatsachen wurden durch den Reichsverteidigungsminister bekanntlich am gleichen Tage in der Reichstagssitzung als erfunden bezeichnet.

Nach Abschluß der zurzeit noch schwedischen Ermittlungen werden die Vorgänge von der Berliner Polizei an die Oberstaatsanwaltschaft abgegeben.

Der 12 Milliarden-Raub.

Die Verhandlungen über die Rückgabe der von den Franzosen geräumten 12,8 Milliarden haben bisher nur die Herausgabe der von den Franzosen fortgeschritten Druckplatten zur Herstellung der Banknoten erreicht. Die Freigabe der 12,8 Milliarden steht bis dato noch nicht erfolgt. Die Franzosen haben bisher lediglich die Frist gesetzt, derartige Transporte künftig nicht mehr zu beschlagen.

Süddeutschlandkreise des Reichskanzlers.

Über die geplante Reise des Reichskanzlers nach Süddeutschland berichten die Blätter aus München, daß Dr. Cuno am Montag vormittag in München eintrifft. Nach dem Frühstück beim bayrischen Ministerpräsidenten wird der Reichskanzler mit den Mitgliedern des bayrischen Kabinetts eine Besprechung haben. Dr. Cuno wird den Landtag und das Rathaus besuchen, wo am Abend ihm in Ehren ein Empfang stattfindet. Am Dienstag früh wird der Reichskanzler seine Stelle nach Stuttgart und Karlsruhe fortsetzen.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 27. Februar 1928.

Den ersten Punkt der Beratung der 20. Sitzung bildet ein Antrag des Abg. Wehrmann und Genossen, um Erlaubnis von einheitlichen Richtlinien für die Bekämpfung der Gedränge der Alternahrung nach § 1 des Reichsleistungsgesetzes. — Abg. Wehrmann (Dem.) begründet den Antrag und verlangt, daß die Mindestgrenze der selbständigen Alternahrung nicht unter 9 bis 12 Hektar, die der Landstellen nicht unter 2 Hektar und die der Auktionsstellen nicht unter 8 Hektar liegen soll. Wehrmann fordert, daß zu landwirtschaftlichen Sachverständigen für Siedlungswesen und in den Fachschulämtern bei den Kreishauptmannschaften auch Siedler und Vertreter des Klein- und Mittelbauernstandes bestellt werden.

Minister Hellrich: Dem ersten Teil des Antrages vermag das Reichslandministerium nicht zuzustimmen. Die notwendige Größe eines Grundstücks hängt von der Beschaffenheit des Bodens usw. ab. Die Feststellung kann man unbedenklich den Siedlungsstellen überlassen. Dem Antrag auf Zugabe von Siedlern und Vertretern des Klein- und Mittelbauernstandes als Sachverständige stimme das Reichslandministerium zu.

Abg. Schröder (Soz.): Ich äußere mancherlei Bedenken gegen den Antrag.

Abg. Schröder (Dmat.): Seine Partei erkennt die Notwendigkeit einer stärkeren Besiedlung des platten Landes an. Die Staatsgüter sollten für Siedlungszwecke hergegeben werden. Einem ansäugenden Eingriff in das Eigentumrecht auf Grund und Boden lehne er ab. Die Regierung möge dafür sorgen, jungen Landwirten die Selbstständigkeit zu ermöglichen. Mit dem zweiten Teile des Antrags seien auch keine politischen Freunde einverstanden.

Abg. Renné (Komm.): Seine Partei habe kein großes Interesse für das Siedlungswesen. Ein produktiver Erfolg werde dadurch nicht erreicht. Redner verlangt Sozialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Abg. Voigt (D. W.): Ich tritt für den Siedlungsgedanken ein. Nach erfolgter Sozialisierung der großen Güter würden Rohstoffmangel und Hunger auftreten. Eine Ehemalisierung, wie sie der vorliegende Antrag anstrebt, empfehle sich nicht. (Es sind 17 Abgeordnete im Saale.) Der Staat als größter Grundbesitzer möge zur Durchführung des Reichsleistungsgesetzes mit gutem Beispiel vorangehen. — Der Antrag geht an den Haushaltsausschuß A.

Es folgt die Beratung über zwei kommunistische Anträge zur Viehbestrafung.

Abg. Renné (Komm.): Ich fordere in der Begründung der Anträge, daß durch Aufgabe des Gewerbebetriebes freiwerdende gewerbliche Räume, insbesondere Schankwirtschaften, nicht anderweitig gewerblich verwendet werden dürfen, sondern in Wohnungen umzuwandeln sind. Weiter verlangt er, daß den Stadtverwaltungen die Verpflichtung auferlegt wird, aus den Organisationen der Mieter, unter Berücksichtigung der Wohnunglosen, Kommissionen zu bilden zur Feststellung des von den Bewohnern nicht benötigten Wohnraumes, insbesondere in den Landhäusern, Villen und Auguswohnungen. Endlich fordert Redner eine Vorlage, in der voraussehen sei, daß der Vermieter die von den Mietern für die Instandhaltung des Hauses aufgebrachten Gelder nur mit Zustimmung der Mietervertreter verwendet und der Erlös dieser Bestimmungen über die Festlegung der Mietpreise durch die Gemeindebehörden nur mit Zustimmung der gewählten Gemeinderäte erfolgen darf.

Ministerpräsident Bund: Das Landeswohnungsamt werde mit den Vertretern der Mieter und Vermieter eine Besprechung abhalten und die Ausführungsverordnung, zu der die Regierung allein berechtigt ist, vorbereiten lassen. Die Staats- und Gemeindebehörden hätten alles getan, um die Wohlhabende auf dem Wohnungsmarkt zu befreien. Die in Süßsich lebende Wohnungsbau und die Erweiterung der Wohnungsmieten würden künftig von einer Abgabe von Wohnräumen führen. Die Regierung werde rücksichtslos jeden Zugang vom Auslande verhindern. Wie die Anträge gekennzeichnet seien, seien sie unüberhinterbar.

Abg. Roos (D. W.): Das meiste, was die kommunistischen Anträge fordern, widerspricht den Reichsgesetzen. Seine Partei lehne deshalb die Anträge ab.

Abg. Götz (Soz.): erläutert seine Übereinstimmung mit den Ausführungen des Ministerpräsidenten.

Abg. Ührner (Dmat.): Seine Partei werde sich nur an der Beratung des ersten Punktes des Antrags beteiligen, die übrigen Vorberatungen aber ablehnen.

Abg. Günther (Dem.): In der einseitigen Weise, wie es die Kommunisten hier wünschen, können nicht vorgegangen werden, trotzdem werde seine Partei die in den Anträgen aufgezählten Vorberatungen im Ausschluß einer Beratung unterscheiden.

Abg. Rößig (D. W.): lehnt gleichfalls die kommunistischen Anträge ab und weist die Ausführungen des Abg. Renné

über den Betreiber Weiterverkauf zurück. Die Kommunisten versuchen, eine Sache, die lediglich Mieter und Vermieter angeht, auf das politische Gebiet zu setzen.

Auch diese Anträge werden an den Haushaltsausschuß A überwiesen. Der leite Punkt wird von der Tagesordnung abgelebt.

Rücke Sitzung: Donnerstag, den 1. März, vormittags 11 Uhr: Nachtragssitzung und Anträge betreffend Entschädigung von Bezirkshaushaltsgliedern usw., Entlastung der Villinger Heilanstalt in Tue. Maßnahmen zur Behebung der Lage der öffentlichen Verkehrsanstalten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Reichsbahn ist beendet. Die Differenzen sind, wie aus Altona gemeldet wird, nach den Tarifverhandlungen, die eine 100 prozentige Bahn erhöhung erfordern, am Montag abend beigelegt worden.

Arbeitslosenfundgebungen in Memel. Am Dienstag kam es in Memel nachmittags und abends infolge eines von den Arbeitslosen ausgelösten Protests gegen die vom Landesdirektor verfügte Entlastung der verbliebenen Brotkarte zu wiederholten Kundgebungen. Die Arbeiter verschließen sich dem Prostest an. Die Stadt ist ohne Brot. Die Demonstration beginnt sich vom Landesdirektionsgebäude, wo er von litauischen Bäuerern verstreut wurde, nach dem neuen Markt, wo dann litauische Husaren eingriffen. Die mehrere tausend Personen sammelten sich im Deutschen Platz. Wermuths waren an einzelnen Straßenenden im Platzbereich verdeckt platziert und angezündet. Das Reichsgericht hat gestern die Freisprechung des Hauptverantwortlichen Willinger durch Verweisung der Revision der badischen Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schwarzenbergs vom 18. Juni 1922 bestätigt. Willinger war angeklagt, die litauischen Mörder Gräbergers Kaufmann Schulz und Oberleutnant a. D. Lüders durch Befehl zur Flucht abgefordert zu haben. Das Schwarzergericht Offenburg hatte den Beweis als nicht geführt angegeben. Als Hauptfaktor des Rechtsgrundes enthielt es falsche Fragestellung an die Geschworenen angeführt worden. Der Staatsanwalt hatte die Verwerfung der Revision beantragt.

Das Reichsgericht hat gestern die Freisprechung des Hauptverantwortlichen Willinger durch Verweisung der Revision der badischen Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schwarzenbergs vom 18. Juni 1922 bestätigt. Willinger war angeklagt, die litauischen Mörder Gräbergers Kaufmann Schulz und Oberleutnant a. D. Lüders durch Befehl zur Flucht abgefordert zu haben. Das Schwarzergericht Offenburg hatte den Beweis als nicht geführt angegeben. Als Hauptfaktor des Rechtsgrundes enthielt es falsche Fragestellung an die Geschworenen angeführt worden. Der Staatsanwalt hatte die Verwerfung der Revision beantragt.

Das beim Reichsgericht schwedende Ermittlungsverfahren gegen den fürstlich in Hamburg vorübergehend verhafteten Oberleutnant a. D. Röhrbach soll zur Eröffnung der Voruntersuchung wegen Geheimbündel gestellt. Die Voruntersuchung erstreckt sich außerdem auf verschiedene Vereinigungen, die sich nach dem Verbot und der Auflösung der Formation Mohrbad gebildet hatten.

Die deutsch-nationale Fraktion hat gestern im Reichstag die Aufhebung der Art. 2-5 des Gesetzes zum Schutz der Republik beantragt. Art. 1, der Strafverschärfungen gegen die Mörberzentrale enthielt, soll unberührt bleiben.

Bürgersogenesie Bielefeld. Der frühere Redakteur der Freiheit Henkel hat die von ihm eingeleitete Revision gegen das gegen ihn ergangene Urteil im Hermes-Winkel mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage zurückgezogen.

Thüringen.

Die Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrisis. Im Abgeordnetenhaus wurde gestern die Debatte über die Arbeitslosigkeit und die Wirtschaftskrisis fortgesetzt. Die Mitglieder der Regierung machten in längeren Reden diesbezügliche Mitteilungen. Minister Sedo bestellte die Summe der staatlichen Investitionen, die der Industrie über die gegenwärtige trüste Lage hinweggehen sollen, auf 1268 Millionen tschechische Kronen. Er teilte weiter mit, daß im abgelaufenen Jahre 8700 Wohnungen mit einem Aufwand von 863 Millionen tschechischen Kronen und im ersten Monat dieses Jahres schon 1200 Wohnungen mit einem Aufwand von 108 Millionen tschechischen Kronen staatlich subventioniert wurden. Der Staat habe seit 1. April 1921 insgesamt 12000 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von einer Milliarde Kronen errichtet.

Ferner wurde mitgeteilt, daß seit dem 1. November 1922 der Preis für Braunkohle um 80% zurückgegangen ist, ebenso der Preis für Steinkohle aller Sortierungen. Stabellen sei seit dem 1. November um 80 Kronen auf 155 Kronen zurückgegangen, was einen Preisrückgang von 28% bedeutet. Steinen kosten 155 Kronen (minus 75 Kronen, Preisrückgang demnach 28%), Steinblei 320 Kronen (minus 50 Kronen oder 18%). Die staatliche Kohlenabgabe, die seit ihrer Einführung 42%, der amtlich festgestellte Preis betrug, ist am 1. Mai 1921 auf 80%, am 1. November 1922 für Zeitzer Braunkohle auf 24%, für Steinkohle auf 18%, herabgestellt worden.

Frankreich.

Bei Beratung der neuen Militärgesetze in der Kammer erklärte General Driessner, man habe keine Gewissheit dafür, daß die Erweiterung Deutschlands durchgeführt sei. Was die Reparationen anlangt, so habe Deutschland sie nicht bezahlt, sondern von den Eltern, die es verdienten, einen regelmäßigen Kriegsschlag angekämpft. Frankreich werde im Rheinland stehen bleiben, bis der letzte Heller bezahlt sei, denn es zu bekommen habe. Das linke Übereinkommen liegt noch immer im Bereich der deutschen Kanonen. Wenn es zu einem Kampf kommt, müßte Frankreich unverzüglich den Rhein überqueren und den Kampf auf das rechte Ufer hinübertragen.

Unrat-Vertilgung.

Die Vertilgung des Unrats spielt in der Landwirtschaft eine ganz wichtige Rolle und es muß darum auf dieselbe sowohl mundlich als schriftlich immer wieder aufmerksam gemacht werden.

Während man früher die Entfernung des Unrats auf mechanische Weise bewirkte, d. h. mit Pflug und Esse auf dem Acker, mit Spaten, Hacke, Stelen und Hand in Gemüsegarten, wird im ersten Falle heutzutage vielfach mit der Anwendung von chemischen Mitteln vorgegangen und zwar mit gutem Erfolge. Ackerseit, Distanz und Hebericht treten auf unseres Betriebsfeldern vielfach ganz massenhaft auf und mit Pflug und Esse sind diese unansehbaren Gäste nur vorübergehend zu vertreiben, aber nicht ganz auszurotten. Pestizide kann nur durch Anwendung chemischer Stoffe vollzogen werden. Man ken